

2 Strukturkategorie ‘sexuelle Orientierung’

In diesem Kapitel werden zu Beginn die Begriffe ‘sexuelle Orientierung’ (vgl. Kap. 2.1) sowie Heteronormativität und Heterosexismus (vgl. Kap. 2.2) erörtert. Anschließend wird die Perpetuierung der heteronormativen gesellschaftlichen Grundstruktur einerseits anhand beispielhafter Diskursmechanismen thematisiert (vgl. Kap. 2.3) und andererseits am Beispiel der Kodifikation von Homosexualität im Lauf der historischen Entwicklung anhand des österreichischen Strafrechts nachgezeichnet sowie Fragen der rechtlichen Gleichstellung anhand ausgewählter aktueller Bereiche des Zivilrechts behandelt (vgl. Kap. 2.4). Die (potentiellen) Auswirkungen von gesellschaftlichen Heteronormativitätsstrukturen auf die Konstruktion des eigenen Seins, des Selbst-Bewusstseins, der individuellen Handlungen bzw. Handlungsoptionen homosexueller Menschen werden daraufhin folgend anhand der Theorie des ‘Stigmas’ von Erving Goffman (1967) ausgeführt (vgl. Kap. 2.5). Das Kapitel abschließend werden Erkenntnisse zur ‘sexuellen Orientierung’ aus der Organisationsforschung dargelegt (vgl. Kap. 2.6).

2.1 Erörterungen zum Begriff ‘sexuelle Orientierung’

Die Strukturkategorie ‘sexuelle Orientierung’⁴⁵ stellt neben anderen Strukturkategorien wie beispielsweise Geschlecht oder Alter eine gesellschaftliche Einteilungsformel zur Strukturierung der Gesellschaft dar. Sie ist quasi eine der „Schubladen“ in der sozialkonstruierten gedanklichen Kommode der österreichischen und westeuropäischen Gesellschaft, mit der das soziale Gefüge eingeteilt

45 Sowohl am Terminus ‘sexuelle Orientierung’ als auch an ‘homosexuell’ ist zu kritisieren, dass diese auf einer begrifflichen Ebene vor allem auf einen sexuellen (Beziehungs- bzw. Begehrens-)Aspekt hinweisen (vgl. Lautmann 1993, S. 17) und damit einem ausschließlich sexualisierten Verständnis Vorschub leisten. Zur begrifflichen Erörterung der Benennung gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen siehe das Kapitel „Erörterungen zum Begriff ‘lesbisch sein’“ (Kap. 3.2) bzw. zur Begriffswahl im aktuellen Forschungsprojekt siehe das Kapitel „Feldzugang“ (Kap. 6.5) in der vorliegenden Arbeit.

wird.⁴⁶ Als solcherart konstituierendes und gleichzeitig normierendes Element der vorherrschenden Gesellschaftsordnung hat der Begriff 'sexuelle Orientierung' auch Eingang in die gesellschaftlichen Regelwerke gefunden und wurde daher in Form von Gesetzen kodifiziert.⁴⁷ Insofern ist die Kategorie 'sexuelle Orientierung' beispielsweise in gegenwärtigen Antidiskriminierungsgesetzgebungsprozessen wiederzufinden wie beispielsweise in der EU-Richtlinie 2000/78/EG „zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ (Europäische Gemeinschaft 2000, S. 1) sowie deren nationaler Umsetzung in Österreich in Form von Novellen im Gleichbehandlungs- und Bundesgleichbehandlungsgesetz auf Bundesebene mit 1. Juli 2004.

Doch was wird eigentlich unter dieser Kategorie verstanden? Wer ist damit gemeint? Oft werden mit dem Begriff der 'sexuellen Orientierung' Menschen aus der Gruppe der LSBTI bezeichnet (vgl. Köllen 2012, S. 147). 'LSBTI' steht als Abkürzung für 'Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intergender' und hat sich als Begriff politisch emanzipativer Aktivist_innen etabliert⁴⁸, die ursprünglich aus der Schwulen- und Lesbenbewegung kommen. Wie an der Zusammenstellung dieser Gruppe bereits erkenntlich wird, werden hier jedoch Begrifflichkeiten hinsichtlich geschlechtlicher Identitäten einerseits und sexueller Begehrensformen andererseits miteinander vermischt. Denn Bezeichnungen wie Schwule, Lesben und Bisexuelle beziehen sich auf die Orientierung von sexuellem Begehren und die Geschlechter der Begehrenden sowie jene der Begehrten. Trans- und Intersexualität hingegen ist die Bezeichnung für Individuen sowie deren geschlechtliche Identitätsdefinition und hat nichts mit der geschlechtlichen Orientierung ihres sexuellen Begehrens zu tun. Aus einer deskriptiv-neutralen Perspektive gesehen sollte die Kategorie 'sexuelle Orientierung' schlicht die geschlechtliche Orientierung von Begehren benennen und daher alle Begehrensformen wie beispielsweise homosexuelles⁴⁹, bisexuelles oder auch

46 Ausführungen zum Begriff, zur Verfasstheit und der Konstitution von Strukturkategorien finden sich im Kapitel „Intersektionale Analyseansätze und -ebenen“ (Kap. 1.3.1) in der vorliegenden Arbeit.

47 Zur historischen Entwicklung dieser Kodifizierung in Form der österreichischen Gesetzgebung siehe weiter unten in diesem Kapitel.

48 Mittlerweile etabliert sich dieser Begriff diskursiv in einer zunehmend erweiterten Form: LGBTIQQA, wobei QQA für Queer, Questioning – im Sinn der Infragestellung von Geschlecht(sidentität) sowie von Begehrensformen – und Ally („Verbündete“) bzw. Asexuell steht (vgl. Holzleithner 2014, S. 103 f., FN).

49 Der Begriff 'homosexuell' war bzw. ist – auch aufgrund seiner historisch-konnotierten Verwendung – nicht immer unproblematisch: Wurde er doch nach seiner Erfindung 1869 durch den Ungarn Károly Kertbeny (Pseudonym Benkert) als Selbstbezeichnung (vgl. Hacker 1987) bis über die Hälfte des letzten Jahrhunderts wissenschaftlich mit Krankheit verknüpft (vgl.

heterosexuelles Begehren und damit alle Menschen und ihre vielfältigen Begehrensformen beinhalten. Dies ist jedoch nicht der Fall, sondern bei dem Begriff der 'sexuellen Orientierung' handelt es sich allzu oft um einen Zusammenschluss bzw. um die Bezeichnung von 'Minoritäten' in einer Gesellschaftsordnung, welche auf Heteronormativität basiert. Womit Heteronormativität, wie im Weiteren gezeigt wird, nicht zuletzt auch fortgeschrieben bzw. kontinuierlich mitreproduziert wird.

2.2 Heteronormativität und Heterosexismus

Gemäß neuesten und neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen aus den Queer Studies, welche eine plurale geschlechtliche Gesellschaft mit vielen verschiedenen Geschlechteridentitäten und Begehrlichkeiten als soziale Wirklichkeit benennen, normiert die existierende traditionelle Gesellschaftsordnung Menschen unter dem Fokus der 'Heteronormativität'.⁵⁰ Dieser Begriff ist Ausgangspunkt und theoretisches Fundament der Queer Theory und findet in westlichen Kulturen seinen Ursprung „in der christlichen Morallehre, die als gottgegebene, natürliche Ordnung die lebenslange Ehe, in der die Frau dem Mann untergeordnet und Geschlechtsverkehr allein zum Zweck der Nachwuchszeugung ausgeübt werden soll, zum verbindlichen Modell des Zusammenlebens erhebt“ (Wagenknecht 2007, S. 19). Demnach ist unter 'Heteronormativität' der Umstand zu verstehen, dass Heterosexualität von der Gesellschaft als 'natürlich' und 'normal' angesehen und bewertet und an jeden Menschen diese antizipative und normative Er-

Lautmann 2002, S. 118) sowie in kriminalisierenden und pathologisierenden Zusammenhängen (vgl. Bochow 2005, S. 10) verwendet. Mittlerweile wird er jedoch auch wieder von Homosexuellen selbst gebraucht (siehe dazu beispielsweise die Selbstbezeichnung der „Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien – 1. Lesben- und Schwulenverband Österreichs“ unter www.hosiwien.at). Problematisch ist der Begriff u.a. auch in dem Sinn, als er verallgemeinernd für gleichgeschlechtlich orientierte Menschen aller Geschlechter verwendet wird (siehe Hokema/Wille 2007, o.S.) und damit werden gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frauen „vereinheitlichenden Sammelbegriffen unterworfen“ (Hacker 1987, S. 188). In der vorliegenden Arbeit wird durch die intersektionale Verknüpfung mit der Kategorie 'Geschlecht' einer solchen geschlechtsspezifisch undifferenzierten diskursiven Perspektive konzeptuell entgegengewirkt. Zur begrifflichen Erörterung der Benennung gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen in der vorliegenden Arbeit siehe das Kapitel „Erörterungen zum Begriff 'lesbisch sein'“ (Kap. 3.2) bzw. zur Begriffswahl im aktuellen Forschungsprojekt siehe das Kapitel „Feldzugang“ (Kap. 6.5).

50 Zur ausführlichen und prägnanten Einführung in den Begriff der Heteronormativität siehe Wagenknecht (2007).

wartung⁵¹ herangetragen wird (vgl. Goffman 1967, S. 13). Das bedeutet, dass von jedem Individuum angenommen und erwartet wird, heterosexuell zu leben und auch zu begehren. Diese Unterstellung von heterosexuellem Begehren entspricht der „gängigen gesellschaftlichen Praxis“ (Köllen 2012, S. 147). Insofern ist zu konstatieren, dass 'Begehren' eine Grundlage sozialer Einteilungsordnung darstellt, und zwar in Form einer zwei- und gegengeschlechtlich konstruierten Weise. Die existierende normative gesellschaftliche Konstituiertheit fußt demnach auf einer sozial hergestellten zweigeschlechtlichen, hierarchisch organisierten Basis mit zwei einander entgegengesetzten, polarisierenden Geschlechtern: Mann und Frau.⁵²

Dieses verflochtene 'Bausteinssystem' sozialer Konstruiertheit von Geschlecht⁵³ und Begehren zeichnet die gegenwärtig vorherrschende heteronormative Systematik westlich-marktwirtschaftlich organisierter Gesellschaftsformen aus: Als Grundlage sozialer Strukturierung werden (ausschließlich) zwei einander bipolar entgegenstehende Geschlechter – Mann und Frau – angenommen bzw. konstruiert, deren 'natürliches' Begehren als immer und ausschließlich aufeinander bezogen und fokussiert definiert wird. In der Produktionslogik dieses sozialen Ordnungssystems wird „das biologische Geschlecht [...] mit Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und sexueller Orientierung gleichgesetzt“ (Hauer/Paul 2006, S. 11). Das Resultat dieser Konstruktion ist Heteronormativität als gesellschaftliche Normierung, Norm und Leitkultur, welche die Kategorien 'Geschlecht' und 'sexuelle Orientierung' eng miteinander verknüpft und sexuelle Kategorisierungen wie Hetero-, Homo- oder Bisexualität nach sich zieht. Schon Alice Schwarzer bemerkt hinsichtlich dieser sozialen Ein- und Unterteilungen: „Kategorien wie Heterosexualität und Homosexualität sind kultureller Natur und nicht biologisch zu rechtfertigen“ (Schwarzer 1975, S. 205).

Gleichzeitig zwingt die heteronormative Konstituiertheit alle Individuen, sich in ihrem Begehren zu definieren, sich in Bezug zu der herrschenden Norm

51 Die (Aus-)Wirkungen von Normativität gehen jedoch weit über eine reine Erwartungshaltung an Individuen hinaus. Soziale Normierungen sind dadurch charakterisiert, dass sie außerhalb der individuellen Definitionsmöglichkeiten liegen und immer im Zusammenhang mit Macht, Zwang und Sanktion gegenüber Individuen stehen (vgl. Durkheim 1961, S. 105 ff.). Sie finden beispielsweise Niederschlag in religiösen Dogmen, Moralgeboten oder rechtlichen Normen, wie auch das Kapitel „Homosexualität und Recht in Österreich“ (Kap. 2.4) in der vorliegenden Arbeit zeigt.

52 Zur Konstruktion von Geschlecht als Strukturkategorie siehe das Kapitel „Strukturkategorie 'Geschlecht'“ (Kap. 3) bzw. 'Intersektionalität' (Kap. 1) in der vorliegenden Arbeit.

53 Detaillierte Erörterungen zur sozialen Konstruktion von Geschlecht/ern und Begehren finden sich im Kapitel „Zum aktuellen Begriffsverständnis von 'Geschlecht' in der Geschlechterforschung“ (Kap. 3.1) in der vorliegenden Arbeit.

zu positionieren und zu deklarieren, um als Subjekte Eingang in die gesellschaftliche Ordnung zu finden. Denn „ins Leben gerufen wird das Subjekt, sei es mittels Anrufung oder Interpellation im Sinn Althusser oder mittels diskursiver Produktivität im Sinn Foucaults, durch eine ursprüngliche Unterwerfung unter die Macht“ (Butler 2001, S. 8).⁵⁴ Damit ist die Unterwerfung unter die herrschende heteronormative Gesellschaftsordnung sowie deren diskursive Praxis und die Einordnung in diskursiv erzeugte Kategorien für alle Menschen unentbehrlich, um soziale und gesellschaftliche Existenz als Subjekte zu erlangen. Eine individuelle Einordnung in die existierenden Begehrenskategorien ist daher unabdingbar.⁵⁵

Wie der Soziologe Erving Goffman bereits vor fünfzig Jahren pointiert festhielt, werden gleichgeschlechtliche sexuelle Begehrensformen in einer auf Heteronormativität basierenden Gesellschaft als „unnatürliche Leidenschaften“ (Goffman 1967, S. 13) wahrgenommen. Abweichungen von der diskursiv hergestellten heterosexuellen Norm wie beispielsweise Homo- oder Bisexualität sind nach wie vor sozial „sehr oft negativ bewertete“ (Köllen 2012, S. 147) Lebensformen. Dementsprechend wird in einem solchen normativen Bewertungssystem Heterosexualität im Gegensatz zu allen anderen Formen des Begehrens und der Leidenschaft – wie beispielsweise zur Homosexualität – als ‘natürliche’ Leidenschaft von höchstem Wert gesehen. Diese perpetuierende soziale (Re-)Konstruktion von Homosexualität als sozialer Gegenentwurf zu Heterosexualität dient der Schaffung von Ein- und Ausschlüssen in gesellschaftlichen Normierungsdiskursen und der gleichzeitigen Abwertung der Ausgeschlossenen. ‘Normabweichende’ Begehrensformen wie Homosexualität wirken in einer solchen heteronormativen Gesellschaftsstruktur gleichzeitig im Sinn eines konstitutiven sowie eines unruhestiftenden Moments (vgl. Hänsch 2003, S. 241). Es existiert damit „ein ideologisches System, das alle Formen nicht-heterosexueller

54 Judith Butler (vgl. Butler 1991, S. 12) entwirft parodistische Strategien (*gender acts*), um als Individuum den vorherrschenden Herstellungsformen von normativen Geschlechterrollen als sich beständig reproduzierende soziale geschlechtliche Wirklichkeit entgegenzuarbeiten und sich damit diesen und der Einordnung in deren etablierte Kategorien zu widersetzen. Um die existierenden vorherrschenden Geschlechter- und Machtssysteme zu destabilisieren, ist eine solche Vorgehensweise m.E. auch unabdingbar, jedoch ist damit in vielen Fällen die individuelle Subjektanerkennung im gesellschaftlichen Ordnungssystem in Frage gestellt oder (noch) nicht möglich. Als Beispiel dafür können gesetzliche Bestimmungen genannt werden, welche auf einer eindeutigen geschlechtlichen Identitätszuordnung beruhen, wie etwa hinsichtlich der Wehrpflicht.

55 Zu der Frage, inwieweit im Rahmen existierender gesellschaftlich-heteronormativer Sprachstrukturen eine Abwendung, Negation, Uminterpretation oder auch Perversion – im Sinn von Verdrehung oder Umdeutung – durch Individuen möglich ist, siehe auch Wachter 2001, S. 86 ff.

Verhaltensweisen oder Identitäten ablehnt und stigmatisiert sowie Heterosexualität als die einzige 'normale' Form der Sexualität definiert und sozial privilegiert" (Uttendörfer 2002, S. 175). Dieser strukturelle Mechanismus, also die Privilegiertheit von Heterosexualität und die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres nicht (ausschließlich) heterosexuellen Begehrens, wird als 'Heterosexismus' bezeichnet und ist grundlegender Bestandteil und integraler Abwehrmechanismus innerhalb eines heteronormativen Macht- und Ordnungssystems. Heterosexismus fungiert jedoch nicht nur als Ausschlussfunktion und strukturimmanente Herabsetzung von sozial definierten „normabweichenden“ Begehrensformen in Form von strukturellen Diskriminierungen, sondern auch als Förderung und zur Verstärkung der sich immer wieder herstellenden und anhaltenden Legitimierung von Heterosexualität als gesellschaftlicher Norm.

Die deutschen Sozialpsychologen Christopher Knoll, Manfred Edinger und Günter Reisbeck stellten Ende des letzten Jahrhunderts die allumfassende Wirkmächtigkeit dieses Systems in der Gesellschaft fest:

„Heterosexismus manifestiert sich bewußt und unbewußt in allen Bereichen der Gesellschaft in Form von Normen, Bräuchen, Gewohnheiten, Symbolen, Klischees u.ä. Am deutlichsten wird dies am Beispiel der Institutionen Ehe und Familie mit ihren dazugehörigen Normen und Verhaltensformen: Die Ehe wird ausschließlich als gemischtgeschlechtliche Verbindung gesehen, sie wird von Ritualen wie Verlobung, Hochzeit, Scheidung etc. geschützt und in Medien, Kultur und Kunst exzessiv und ständig wiederkehrend dargestellt. Heterosexismus manifestiert sich auch im Rechtssystem (etwa im Ehe-, Familien-, Erb-, Miet-, Vermögens-, Wirtschaftsrecht), auf kultureller Ebene (z.B. im Moralsystem der Kirchen und in den Medien) sowie im individuellen Denken, Fühlen und Verhalten der meisten Menschen.“

(Knoll/Edinger/Reisbeck 1997, S. 10)

Diese diskursiv erzeugte heteronormative Machtstruktur zeichnet sich durch eine hohe Performanz aus, welche sich mittels der Einschreibung in institutionelle Prozesse durch „Gesetze, Regelungen, Praktiken, Abläufe oder Ausgaben“ (Steffens 2010, S. 16) auf allen Ebenen der Gesellschaft perpetuiert.

Die Auswirkungen einer heteronormativen gesellschaftlichen Grundstruktur lassen sich insofern sowohl in aktuellen gesellschaftlich herrschenden Diskursen (vgl. Kap. 2.3) als auch in gesellschaftsregulierenden Strukturen wie eben rechtlichen Bestimmungen (vgl. Kap. 2.4) in Österreich wiederfinden. Dementsprechend werden diese beiden Aspekte in den nunmehr folgenden Abschnitten erörtert.

2.3 Beispiele heteronormativer Diskursmechanismen

In einer Gesellschaft stellen Diskurse eine bedeutende Form der Wirkmächtigkeit zum Transport und zur Reproduktion normativer Werte dar (vgl. Foucault 1986). In einer auf heterosexuelles Begehren ausgerichteten Gesellschaftsordnung sind zur Stabilisierung der herrschenden Strukturen insofern diskursive Abwertungen, Tabuisierung wie auch die Negation sexuell abweichender Begehrensformen notwendig. Im Anschließenden werden anhand der zwei Beispiele „Sexuelle Orientierung ist privat“ und „Unsichtbarmachung“ – welche aufgrund der geschlechterspezifischen Konnotationen der öffentlichen bzw. privaten Sphäre spezielle geschlechterrollenrelevante Implikationen für homosexuelle Frauen mit sich bringen – solche heteronormativen Diskursarten dargestellt sowie ihre Konstruktivität und Ausformung erörtert.

2.3.1 „Sexuelle Orientierung ist privat“

Die Gesellschaft ist durchzogen von machtvollen Symbolen und Repräsentanzen (vgl. Singer 2005, S. 187) heterosexuellen Begehrens. Diese heteronormativen Darstellungen werden vor allem von Seiten der Mehrheitsgesellschaft, welche sich im Einklang mit der vorherrschenden sexuellen Norm sieht, zumeist nicht als solche wahrgenommen. Diese systemische Unbewusstheit führt zu der irrigen Annahme, Sexualität und sexuelle Orientierung seien etwas nicht Öffentliches. Hierbei wird die klassische Trennung von privater und öffentlicher Sphäre, wie sie bereits von Feministinnen der zweiten Frauenbewegung Anfang der 1970er Jahre mit dem Slogan ‘Das Private ist politisch’ kritisiert wurde, als Grundlage verwendet. Dadurch wird versucht das politische – und damit gesellschaftlich strukturierende – Element der Sexualität zu negieren und Begehren als etwas Privates und gleichzeitig Unpolitisches darzustellen. Die Tatsache, dass sexuelle Orientierungen gesellschaftlichen Normierungen und staatlichen Reglementierungen unterworfen sind, wird aufgrund der heteronormativen Verfasstheit des Systems verschwiegen.

Bei der Öffentlichmachung von Begehrensformen, welche der (heterosexuellen) Norm widersprechen, werden die angenommene Trennung von privat und öffentlich sowie die Zuordnung von Begehren zur privaten Sphäre irritiert. Damit findet eine multiple Irritation statt: einerseits durch den Aufbruch der Trennung von öffentlicher und privater Sphäre, andererseits durch die Negierung der Zuordnung von Begehren zum Privaten und zusätzlich durch die Thematisierung von nichtheterosexuellem Begehren. Dieses Ansprechen und Aufbrechen systemimmanenter Konstrukte und Widersprüche mittels der Thematisierung sexu-

ellen Begehrens abseits heterosexueller Normen löst vielfach unterschiedlich negativ bewertende Reaktionen von 'irritiert' über 'peinlich berührt' bis hin zu 'Ärger' oder 'Aggression' aus (vgl. Knoll/Edinger/Reisbeck 1997, S. 15).⁵⁶ Hinzu kommt der Abwehrmechanismus gegen diese Systemirritation – wie beispielsweise als Reaktionen auf Erzählungen homosexueller Menschen über ihr Familienleben – mittels Aussagen wie: 'Das, was du zu Hause im Bett machst, ist deine Privatsache', und damit die Verweisung des abweichenden sexuellen Begehrens in die Sphäre des Privaten. Die Sprachwissenschaftlerin Luise F. Pusch konstatiert dahingehend: „Viele Lesben und Schwule machen die niederschmetternde Erfahrung, dass ihr heroisches Coming Out von den anderen trivialisiert und verkehrt wird zu einem Akt unerwünschter, peinlicher Vertrautheit oder gar exhibitionistischer Belästigung“ (Pusch 1999, S. 40 f.).⁵⁷

Wie verbreitet eine reflexartige Abwehr von Abweichungen von der diskursiv erzeugten heterosexuellen Norm in Form des 'Privatisierens' ist, zeigte beispielsweise die mediale Diskussion rund um die sexuelle Orientierung des deutschen Umweltministers Peter Altmaier im Juli 2012. Im Zuge der Debatte schrieb die Chefredakteurin der linksalternativen deutschen Tageszeitung „taz“, Ines Pohl: „Politisch wie moralisch ist die sexuelle Orientierung eines Menschen irrelevant. Sie ist Privatsache“ (Pohl 2012).

Diese Privatisierungsmechanismen stellen eine Auswirkung des heteronormativen Gesellschaftssystems dar und wirken auf alle Individuen. Die (öffentliche) Thematisierung des eigenen normdiskursabweichenden Begehrens wird dadurch tabuisiert und damit erheblich erschwert. „Sowohl das individuelle Coming-out als auch der Aufbau lesbischer und schwuler Subkulturen, die im Kontrast zur dominanten heterosexuellen Kultur stehen, müssen mühsam erkämpft werden“ (Knoll/Edinger/Reisbeck 1997, S. 15).

Dabei können sich in dem genannten Kampf Gegner_innen auf verschiedenen Ebenen finden: neben der heteronormativen Öffentlichkeit gilt es den potentiell internalisierten 'eigenen' negativen Einstellungen wie auch oft negativ ein-

56 Negative Einstellungen gegenüber Homo- und Bisexuellen stellen einen „zentralen Erklärungswert für Diskriminierung und Gewalttaten“ (Steffens 2010, S. 16) dar. Insofern können solche Vorannahmen bzw. -urteile als Handlungsgrundlagen der angeführten Reaktionen gesehen werden. In der bisher größten Studie zu negativen Einstellungen gegenüber homo- und bisexuellen Menschen in Deutschland, „Attitudes Toward Lesbians, Gay Men, Bisexual Women, and Bisexual Men in Germany“, haben Melanie C. Steffens und Christof Wagner (2004) die gesellschaftliche Bedingtheit und Verfasstheit dieser negativen Einstellungen beleuchtet.

57 Unter dem Begriff 'Coming-out' wird einerseits das 'innere Coming-out' verstanden, welches die individuelle Bewusstwerdung des eigenen homosexuellen Begehrens meint, und andererseits das 'Coming-out nach außen' und damit die Öffentlichmachung dieses Begehrens (vgl. Wortmann 2005, S. 89).

gestellten Menschen in der ‘eigenen’ privaten Sphäre entgegenzutreten. In Bezug auf homo- bzw. bisexuelle Jugendliche führt die Psychologin Melanie Caroline Steffens dies folgendermaßen aus:

„Eine spezifische Schwierigkeit von homosexuellen und bisexuellen Heranwachsenden liegt darin, dass sie in der Gesellschaft vorherrschende, negative Einstellungen möglicherweise internalisiert haben, bevor sie erkennen, dass sie selbst zu diesen Gruppen gehören. Dies unterscheidet Homosexuelle von anderen gesellschaftlich stigmatisierten Gruppen: Bei den meisten wachsen die Kinder in einer stigmatisierten Familie auf, die sich gegenseitig im besten Falle Unterstützung geben kann. Homosexuelle dagegen werden gerade innerhalb der Familie mit besonders negativen Einstellungen konfrontiert [...]“

(Steffens 2010, S. 19)

Das bedeutet einerseits, dass nicht heteronormativ-begehrende Personen hegemoniale Diskurse und die darunterliegenden Werte im Zuge ihrer Sozialisation verinnerlicht haben (können) und sich nunmehr mit diesen gesellschaftlich erlernten Einstellungen auf individueller Ebene auseinandersetzen müssen.⁵⁸ Andererseits bedeutet Steffens’ Hinweis auf innerfamiliäre Umgangsformen mit Homosexualität, dass gerade der im politischen Diskurs als privat definierte Bereich der Familie für Homosexuelle kein ‘sicheres’ – im Sinn von reflexiv und akzeptierend – Umfeld darstellt.

Insofern gilt es als gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frau immer wieder auf unterschiedlichen Ebenen für die Legitimität des eigenen Begehrens und der Thematisierung desselben zu kämpfen, auch um die eigene Begehrensform besprechbar und damit sichtbar zu machen.

2.3.2 „Unsichtbarmachung“

Ein Instrument zur Reproduktion, Absicherung und Stabilisierung heteronormativer Systeme stellt die Unsichtbarkeit der von der diskursiv konstruierten hegemonialen Norm abweichenden Lebensweisen dar. Der französische Philosoph Michel Foucault konstatiert, dass mit dem 19. Jahrhundert der Diskurs über Sexualität und damit auch über ihre inneren Differenzierungsmechanismen wie beispielsweise Hetero- und Homosexualität aufgrund der verallgemeinerten Vormachtstellung des „Sexualitätsdispositivs“ zugenommen hat (vgl. Foucault 1986, S. 107-112). Das bedeutet, dass sich auch die gesellschaftliche Thematisie-

58 Nähere Ausführungen zu eventuell verinnerlichten negativen Einstellungen sind im Kapitel „Das Stigma Homosexualität“ (Kap. 2.5) in der vorliegenden Arbeit zu finden.

rung von Abweichungen der Heterosexualität seit dem 19. Jahrhundert gesteigert hat. Diese vermehrte Thematisierung findet ihren Niederschlag oft auch in staatlichen Regulierungen. So wurden beispielsweise die Bestrebungen zahlreicher österreichischer Homosexuelleninitiativen nach einer rechtlichen Anerkennung schwuler und lesbischer Paare in Form des mit 1. Jänner 2010 in Kraft getretenen Partnerschaftsgesetzes (vgl. Republik Österreich 2009) politisch umgesetzt.⁵⁹ Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, dass bestimmte Themen, Bereiche und Aspekte von Homosexualität wie beispielsweise Diskriminierungsmechanismen oder lesbisches Begehren nicht oder nur bedingt im normativen öffentlichen Diskurs thematisiert und damit unsichtbar gemacht werden.

Im Zuge des genannten Partner_innenschaftsgesetzes wurden etwa zahlreiche neue Diskriminierungsmechanismen geschaffen⁶⁰, welche jedoch im herrschenden heteronormativen System nicht debattiert werden. Insofern können am Beispiel des österreichischen Partner_innenschaftsgesetzes aktuelle Strategien der Unsichtbarmachung wie auch deren Kombinationen deutlich gemacht werden: Einerseits wird im gesellschaftlichen Diskurs sowie in staatlichen Reglements einigen ausgewählten Themen Raum gegeben und gleichzeitig werden Diskriminierungen geschaffen bzw. verstärkt, ohne diese zu thematisieren bzw. ohne dass diese in der sozialen Debatte diskutiert werden. Unter dem Deckmantel progressiver Entwicklung werden Symbole der Abwertung und Ausgrenzung installiert – zum Beispiel die staatliche Zuweisung eines Nachnamens statt eines Familiennamens ausschließlich an eingetragene Partner_innen (vgl. Kap. 2.4.2.1) –, welche dem Großteil der heteronormativen Mehrheitsgesellschaft unbekannt sind und bleiben. Diese Unbekanntheit ist ein Ausdruck des Erfolges aktueller Unsichtbarmachungs- und Unterdrückungsstrategien. Ältere Strategien implizierten weniger öffentliche Thematisierung bzw. im Fall der gesellschaftlich-diskursiven Bearbeitung zumeist eine explizitere Abwertung, wie am Beispiel der historischen Entwicklung der österreichischen Judikatur zu sexuell heteronormativ-abweichendem Begehren nachvollziehbar ist.⁶¹

Explizit beziehend auf lesbische Lebensentwürfe ist hinsichtlich deren Thematisierung im normativen öffentlichen Diskurs bzw. deren gesellschaftlicher Sichtbarkeit zu konstatieren, dass diese kaum existieren. Die Sozialwissen-

59 Siehe dazu das Kapitel „Die eingetragene Partner_innenschaft“ (Kap. 2.4.2.1) in der vorliegenden Arbeit.

60 Siehe dazu ebenfalls das Kapitel „Homosexualität und Zivilrecht“ (Kap. 2.4.2) in der vorliegenden Arbeit bzw. sind eine detaillierte Zusammenstellung der Unterschiede und damit zahlreiche Diskriminierungsmechanismen zwischen Eingetragener Partnerschaft und Ehe zu finden unter RosaLila PantherInnen – Schwul-lesbische ARGE Steiermark (o.J.)

61 Siehe dazu das Kapitel „Homosexualität und Recht in Österreich“ (Kap. 2.4) in der vorliegenden Arbeit.

schafterin Constance Ohms stellt diesbezüglich fest: „In der Diskussion um gesellschaftliche Normierungsprozesse am Beispiel des Umgangs mit Homosexualität und homosexuellen Menschen wird deutlich, dass die Themen ‘Lesben’ bzw. ‘lesbische Lebensformen’ und ‘Gewalt gegen Lesben’ keine öffentliche Relevanz besitzen“ (Ohms 2000, S. 16). Weiter noch geht Ulrike Hänsch, welche eine weitgehende gesellschaftliche Unsichtbarkeit nicht nur hinsichtlich lesbischer Lebens-, Liebens- und Begehrensweise, sondern der Existenz lesbischer Frauen an sich konstatiert (vgl. Hänsch 2003, S. 59). Hänsch streicht diese Unsichtbarkeit als ein relevantes Merkmal (vgl. ebd.) der gesellschaftlichen Situiertheit (vgl. Singer 2005, S. 163 ff.) gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen heraus. Diese „symbolische Nicht-Wahrnehmung“ (Hänsch 2003, S. 59) gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen wird in der österreichischen Gesellschaft etwa anhand der weitgehenden Ermangelung öffentlicher Vorbilder evident. Solche fehlenden ‘Repräsentationen’ – als Zeichen der Machtlosigkeit hinsichtlich symbolischer Systeme und Praktiken (vgl. Singer 2005, S. 187) – finden sich in unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens wieder. Aufgrund der strukturbedingten und -immanenten Nicht-Sichtbarkeit gilt es die Präsentation der Unsichtbarkeit von lesbischen Vorbildern beispielhaft anhand des großen medialen Interesses⁶² an in Österreich lebenden geouteten medial-öffentlich bekannten Menschen zu verdeutlichen. So soll hier beispielhaft auf den hegemonial-gesellschaftlichen Repräsentanzbereich des Spitzensportes verwiesen werden, in welchem die Skispringerin Daniela Iraschko als einzige aktive österreichische Spitzensportlerin und Olympiateilnehmerin 2014 in den Medienberichten verschiedener Tageszeitungen wie der christlich-konservativen österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ oder der linksliberalen österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ hervorgehoben wird (vgl. Gaulhofer/Wiederstein/Fritzl 2014, S. 37; Der Standard 2014, S. 2). Ihr Outing ist demnach – unabhängig von Iraschkos Geschlecht – einzigartig im österreichischen Spitzensportbereich. Als zweiten ausgewählten Repräsentanzbereich soll auf politische Institutionen und Funktionen fokussiert werden, indem einleitend die mediale Ausnahmeposition der ehemaligen ersten Frauenministerin Österreichs, Johanna Dohnal, deutlich gemacht wird. Dohnal ging demnach „nicht aktiv mit einem Outing an die Öffentlichkeit – sie lebte ihre lesbische Beziehung, ohne etwas zu verheimlichen“ (Gaulhofer/Wiederstein/Fritzl 2014, S. 37). Ähnlich schilderte auch Johanna Dohnal selber ihren öffentlichen Umgang mit ihrer lesbischen L(i)ebensweise rückblickend, indem sie diesbezüglich betonte: „Aber wir haben ja auch keine Flugblätter verteilt. Aber auch kein Hehl draus gemacht“ (diezukunft.at 2010,

62 Bezugnehmend auf Vorurteile und Diskriminierung in und durch Medien siehe beispielsweise Ruhrmann/Sommer 2009, welche dies am Beispiel von MigrantInnen behandeln.

o.S.). Gleichzeitig weist Dohnal jedoch auch darauf hin, dass sie erst nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt der Frauenministerin öffentlich zusammen mit ihrer Lebensgefährtin auftrat und Letztere zuvor zwar bei Veranstaltungen anwesend war, sich aber im Hintergrund gehalten hatte (vgl. ebd.).⁶³ Große mediale Aufmerksamkeit (unter anderem) für ihre sexuelle Orientierung bekam in den letzten Jahren die Politikerin Lisa Rucker (vgl. diestandard.at 2007; Gigler 2008; diepresse.com 2008). Rucker ist Mitglied der steirischen Landespartei der Grünen und wurde im Frühjahr 2008 zur Vizebürgermeisterin der Stadt Graz gewählt (Winter 2008). Die breite mediale Thematisierung der sexuellen Orientierung einer Politikerin in einem solchen Amt zeigt die Außergewöhnlichkeit der Kombination dieser L(i)ebensweise und Machtposition und damit den Mangel (an Vorbildern) in diesem hegemonial-gesellschaftlichen Öffentlichkeitsbereich. Die Unsichtbarkeit gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen bzw. das Fehlen ebensolcher Vorbilder im Bereich politischer Spitzenfunktionen und -positionen kann ebenso anhand des großen medialen Interesses an dem österreichischen Botschafter Johann Spitzer und dem ehemaligen Parteivorsitzenden des BZÖ – Bündnis Zukunft Österreich, Gerald Grosz, gezeigt werden. Spitzer wurde medial in der linksliberalen österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ als „Österreichs erster schwuler Botschafter“ (Brickner 2013) hervorgehoben, und anlässlich der Verpartnerung von Grosz wurde von der „erste[n] Verpartnerung eines aktiven Politikers“ – ebenfalls in „Der Standard“ – berichtet (derstandard.at 2013). Anhand des herausragenden Medieninteresses und der dem Anschein nach öffentlichen Einzigartigkeit dieser Outings politischer Spitzenfunktionäre in Österreich kann abgeleitet werden, dass in keiner der beiden genannten Positionen bisher öffentlich bekennenden lesbischen Frauen mediale Sichtbarkeit zuteil wurde.

Die ausgewählten Bereiche öffentlicher Repräsentanz zeigen die strukturimmanente normativ-konstruierte Unsichtbarkeit homosexueller weiblicher Lebensentwürfe auf hegemonialer Gesellschaftsebene deutlich. Anhand der beiden erläuterten Beispiele zur Privatisierung der sexuellen Orientierung und der Unsichtbarmachung lesbischer Lebensentwürfe wird die Immanenz heteronormativer Diskursformen sichtbar. Neben der Heteronormativität bedingen vor allem die (geschlechtsspezifischen) Konnotationen der öffentlichen bzw. privaten Sphäre die strukturelle Grundlage beider Diskurse. Angelehnt an den feministischen Leitspruch 'Das Private ist politisch' sind sowohl die diskursive Privatisie-

63 Im Sinn dieser gemeinsamen öffentlichen Aufttrittsweise ließen Johanna Dohnal und ihre langjährige Lebensgefährtin auch 2010 ihre Partnerinnenschaft eintragen (vgl. Gaulhofer/Wiederstein/Fritzl 2014) und machten damit ihre L(i)ebensbeziehung institutionalisiert öffentlich.

rung wie auch die Unsichtbarmachung als Versuche der – scheinbaren! – ‘Entpolitisierung’ durch Diskursmächtige zu interpretieren. Gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frauen sind daher doppelt von dieser diskursiven ‘Entpolitisierung’ betroffen: aufgrund der Strukturkategorie Geschlecht sowie aufgrund der Strukturkategorie der sexuellen Orientierung. Grundsätzlich kann zusammenfassend festgehalten werden, dass heteronormativen Diskursen – wie anhand der erläuterten Beispiele gezeigt werden konnte – ein abwertender und damit diskriminierender Charakter hinsichtlich nicht-heteronormativer Lebensentwürfe inhärent ist.

Die Auswirkungen einer heteronormativen gesellschaftlichen Grundstruktur lassen sich jedoch nicht nur in herrschenden Diskursen, sondern auch in gesellschaftsregulierenden Strukturen wie eben rechtlichen Bestimmungen wiederfinden. Bezugnehmend auf das Beispiel der Gesetze wird im Folgenden daher die Perpetuierung heteronormativer gesellschaftlicher Strukturen anhand der Kodifikation von Homosexualität im Lauf der historischen Entwicklung im österreichischen Strafrecht ausführlich erörtert, anschließend werden Fragen der rechtlichen Gleichstellung anhand ausgewählter aktueller Bereiche des Zivilrechts behandelt.

2.4 Homosexualität und Recht in Österreich

Herrschende Normen und Werte einer Gesellschaft schreiben sich in das Reglement eines Kollektivs ein. Diese Reglements dienen dazu, die normativen moralischen Ziele in einer Gemeinschaft sicherzustellen, zu festigen und jegliche Abtrünnigkeit von der Norm zu sanktionieren. Die Kodifikation in Form von Gesetzen stellt die klassische staatliche Umsetzung eines gesellschaftlichen Wertekodex dar. Herausragend kann in diesem Kontext das Strafrecht genannt werden, denn dieses „reflektiert [...] weit deutlicher als andere Rechtsbereiche, was die staatstragende Gruppe als ihre herrschende Konzeption von Personalität und Gesellschaft vertritt“ (Benke/Holzleithner 1998, S. 45). Das Strafrecht fungiert als strukturelles Machtinstrument, um „jene zentralen Werte und Institutionen zu schützen, die als Bedingungen einer gedeihlichen Existenz des Individuums und des Gemeinwesens gelten“ (ebd.). Insofern ist das Strafrecht „Teil eines ‘Normen & Werte-Verbunds’“ (Cremer-Schäfer/Steher 1990, S. 82) und gleichzeitig ein Ausdruck und Zeichen von Macht und Herrschaft.

Die Etablierung dieser Werte und Normen auf einer gesamtgesellschaftlichen – strafrechtlichen – Ebene soll für eine Einhaltung auf individueller Ebene sorgen. Im Strafrecht ist dementsprechend definiert, welche Handlungen als normativ akzeptiert und etabliert gelten und welche Akte dieser Norm wider-

sprechen. Das Widersetzen gegen die solcherart festgeschriebenen Werte „wird als ‘sozial inadäquat’ wahrgenommen“ (Benke/Holzleithner 1998, S. 44) und auf individueller Ebene sanktioniert. Einzelne können somit für eine spezifische Handlung bestraft werden, welche die normierende Mehrheit als ‘abnorm’ klassifiziert. Das bedeutet, dass „anders als sonstige Formen staatlicher Regulation und gesellschaftlicher Problembearbeitung [...] das Strafrecht in retrospektiver Ausrichtung auf ein von komplexen Handlungskontexten entkleidetes Tatgeschehen eine negative Verhaltenssteuerung durch individuelle Verantwortungszuschreibung und Sanktionen“ (Kunz 2010, S. 365 f.) vollführt. Dadurch wird es möglich, normativ abweichendes Verhalten einzelner Gesellschaftsangehöriger zu verfolgen, obgleich manche Taten eventuell schlicht Ausdruck minderheits-kollektiver Bedürfnisse abseits mehrheitsnormativer Definitionen sind – wie beispielsweise das Begehren von Personen des eigenen Geschlechts. Mittels dieser Individualisierung von Verantwortung fungiert das Strafrecht auch als Hindernis bzw. Erschwernis für den Zusammenschluss von Interessengruppen, wenn deren Interessen herrschenden Normen widersprechen und damit auf einer personifizierten Ebene strafrechtlich verfolgbar sind.

Diese Verfolgung – sprich die Sanktionierung dem Strafrecht widersprechender Handlungen – findet in Form einer Bestrafung statt, und dies „ist die rechtlich-institutionelle Feststellung der ‘Verwerflichkeit’“ (Benke/Holzleithner 1998, S. 45). Das Zuwiderhandeln gegen die Werte und Normen der Herrschenden wird damit strukturell als ‘verwerflich’ gebrandmarkt und ebenso das zuwiderhandelnde Individuum. Dies hat für die nonkonformistische Person erhebliche Folgen, denn „die Strafe stellt wie keine andere Rechtsfolge eine existentiell einschneidende Sanktion dar. Eine Bestrafung deklassiert den Delinquenten oder die Delinquentin als Person und Bürger oder Bürgerin und zwingt ihm oder ihr (zeitweilig) eine Erschwerung der Lebensbedingungen auf“ (ebd.).⁶⁴

Das Strafrecht und seine Sanktionsformen besitzen über ihre juristische Funktion hinaus eine weitreichende gesellschaftliche Bedeutung, wie die beiden deutschen Soziolog_innen Helga Cremer-Schäfer – eine Vertreterin der kritischen Kriminologie – und Johannes Stehr pointiert zusammenfassen:

64 In Österreich ist eine Bestrafung in diesem Sinn die Folge einer Verurteilung in einem Strafrechtsprozess. Ein Strafverfahren kann jedoch auch eingestellt werden oder mit der Vereinbarung einer Diversionsmaßnahme beendet werden (vgl. Bundeskanzleramt 2015a). Im Zuge einer Diversion erfolgt weder ein Schuldspruch noch eine formelle Verurteilung und auch keine Eintragung im Strafregister (vgl. Bundeskanzleramt 2015b). Der/Die Beschuldigte gilt daher nach einer Diversionsmaßnahme nicht als vorbestraft und es gilt weiterhin die Unschuldsvermutung. Des Weiteren zählt die Einwilligung in eine Diversionsmaßnahme weder im Sinn eines Schuldanerkenntnisses noch als Geständnis.

„Gesetze, Kriminalisierungsprozesse, Strafe und die damit verbundene soziale Ausschließung und Diskriminierung haben in erster Linie symbolische Funktionen; es geht um die Darstellung von Herrschaft, um das Symbolisieren der vorherrschenden Gesellschaftsform, um das Vorführen der normativen Grenzen einer Gesellschaft, und es geht um Statuspolitik, d.h. um die Legitimation von Sozialstruktur.“

(Cremer-Schäfer/Stehr 1990, S. 82)

Der Symbolcharakter kodifizierter Normen ist insofern äußerst relevant, als dadurch auf staatlicher Ebene der normativ beschränkte Zugang zu Macht und Ressourcen legitimiert und perpetuiert wird. Im Zuge dessen fungiert das Strafrecht als Durchsetzungsmittel der Statuspolitik. Kraft dieser Politik trachtet eine bestimmte soziale Gruppe danach, ihre Machtposition durch einen scheinbar allgemeingültigen – eigentlich jedoch normierenden und implizit machstabilisierenden – Wertekodex vor allem hinsichtlich sozialen Wandels zu legitimieren und zu sichern (vgl. Cremer-Schäfer/Stehr 1990, S. 83). Die Herrschenden verfestigen daher mittels Symbolen existierende soziale sowie strukturelle Machtgefüge und ihre Positionen darin. Dieser Machterhalt funktioniert insofern hervorragend, als „soziale Kontrolle in spätmodernen Gesellschaften weitgehend diskursiv, also über Kommunikation und symbolische Praktiken, ausgeübt wird“ (Kunz 2010, S. 355). Demgemäß zieht die Definitionsmacht über Existenz, Entwicklung und Bedeutung gesellschaftlicher Symbole die Kontrollmacht über sozial abweichendes Verhalten in der Gemeinschaft nach sich. Die Auswirkungen des Bedeutungsträgers Strafrecht sind daher weitreichender, als sich aufgrund seiner formalen Gestalt erschließen lässt. Oder wie die beiden österreichischen Jurist_innen Nikolaus Benke und Elisabeth Holzleithner prägnant herausstreichen:

„Die strafrechtlichen Deliktkonstruktionen haben insgesamt eine weit über den Rechtsbereich hinausgehende normative Bedeutung, denn es kommt ihnen eminente gesellschaftliche Signal- und Symbolwirkung zu. Was das Strafrecht verbietet, gilt jedenfalls als nachhaltig verpönt und schafft damit eine überragend affirmative Position im politischen und moralischen Diskurs.“

(Benke/Holzleithner 1998, S. 46)

Die Bedeutungsschwere des Strafrechts und vor allem die enge Verknüpfung des Strafrechts mit aktuellen gesellschaftlich-hegemonialen Moralvorstellungen hat in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zugenommen. Die staatliche Stigmatisierungslogik mittels judikativer Faktenuntermauerung – sprich: in Form punitiver strafrechtlicher Bestimmungen – hat solcherart innerhalb der Strafrechtsentwicklung an Relevanz gewonnen:

„Diese neuen Maßnahmen gegenüber Kriminalität zeichnen sich zunächst einmal dadurch aus, dass sie zwar sehr um eine expressive Handlungsweise bemüht sind – Strafen um des Strafens willen, das Aufnehmen der Stimmung in der Bevölkerung, die Betonung punitiver oder denunziatorischer Zielsetzungen –, gleichzeitig aber eine stärker instrumentelle Logik an den Tag legen. [...] Die bevorzugten Formen punitiver Expressivität sind zugleich – und das ist wichtig – Formen pöner Segregation und Kennzeichnung. Der Politik geht es heute weder um reine Bestrafung noch allein um den Schutz der Bevölkerung. Das neue Strafrechtsideal sieht vielmehr so aus, dass die Öffentlichkeit geschützt wird *und* ihre Gefühle zum Ausdruck gebracht werden. Die punitive Segregation – lange Freiheitsstrafen in strengen Gefängnissen und eine stigmatisierte, überwachte Existenz für diejenigen, die am Ende doch entlassen werden – wird zunehmend zur bevorzugten Bestrafungsstrategie.“

(Garland 2008, S. 262 f.; Hervorhebung im Original)

Der gesellschaftspolitische Symbolcharakter strafrechtlicher Bestimmungen hat damit im 20. Jahrhundert zugenommen. Die strafrechtliche Verfolgung normabweichender Begehrensformen kann insofern als symbolische Stütze der hegemonialen heteronormativen Gesellschaftsstruktur bewertet werden (vgl. Repnik 2006, S. 53), welche auf eine lange Tradition zurückblicken kann.

2.4.1 *Historische Entwicklung des Umgangs mit Homosexualität im österreichischen Strafrecht*

Anhand der Entwicklung der Strafrechtsordnung lässt sich der gesellschaftliche Umgang mit von der Heteronormativität abweichenden Begehrensformen erkennen und nachzeichnen. Diese Rekonstruktion der rechtlichen Entwicklung für Österreich von Anbeginn der Niederschreibung strafrechtlicher Bestimmungen bis zum aktuellen Zeitpunkt hinsichtlich normabweichender Sexualitätsformen spiegelt den jeweiligen gesellschaftlichen Umgang und die Entwicklung bzw. Veränderung desselben wieder. Vor allem hinsichtlich der Entwicklungen im 20. Jahrhundert werden dadurch die sozialen (und strafrechtlichen) Rahmenbedingungen deutlich, in denen die Interviewpartnerinnen des vorliegenden Forschungsprojektes sozialisiert wurden. Im Folgenden wird ein Abriss der historischen Kodifizierung auf Basis ausgewählter wissenschaftlich-juristischer Abhandlungen vollzogen.

2.4.1.1 Vom Anbeginn des Strafrechts bis zur Constitutio Criminalis Thesiana

In Tirol wurde am Ende des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit strafrechtliche Pionierarbeit geleistet (vgl. Weingand 1999, S.102 f.): Die erste verschriftlichte Form des Strafrechts im gesamten deutschsprachigen Raum war die Tiroler Malefizordnung von 1499. In dieser werden zwar sexuelle Handlungen nicht konkret thematisiert, jedoch wird als Bestrafung für Ketzer der Feuertod festgesetzt. Dies ist insofern relevant, als dass – nach ähnlichen Ausführungen in der Laibacher Malefizordnung von 1514 – in der Tiroler Landesordnung von 1532 wie auch von 1573 der Begriff ‘Ketzer’ vom Begriff der „Sodomiter / die mit dem Vieh wider die Natur sünden“ (Landesordnung Tiroler 1532, Buch 8, Artikel 9, zit. n. Weingand 1999, S. 102) abgelöst wurde. Unter beiden Begriffen wurden auch homosexuelle Handlungen verstanden, was eine Re-Interpretation der Tiroler Malefizordnung von 1499 und ihrer Benennung heteronormativ-abweichender Begehrensformen zulässt.

Mit Beginn des 16. Jahrhunderts entstanden noch zwei andere Rechtsordnungsstränge im heutigen Gebiet von Österreich (vgl. Weingand 1999, S. 102 f.). Einerseits gilt es hier die Landgerichtsordnungen von Österreich unter der Enns von 1514 und 1540 sowie ob der Enns von 1559 und 1627 zu nennen. Sowohl in den Unterennsischen als auch in den Oberennsischen Ausführungen werden jedoch nur sexuelle Handlungen mit Tieren und unter Männern angeführt (vgl. Hehenberger 2006, S. 48 f.). Andererseits ist die – an die Constitutio Criminalis Carolina angelehnte – Landgerichtsordnung der Steiermark von 1574 zu nennen, welche auch starke Gültigkeit für den Kärntner Raum hatte. In dieser Kodifizierung wird sowohl von sexuellen Handlungen mit Tieren als auch zwischen Männern sowie zwischen Frauen gesprochen (vgl. Weingand 1999, S. 103). Damit werden erstmals auch sexuelle Akte lesbischen Begehrens eindeutig im Strafgesetz erwähnt.

1656 erschien mit der Landgerichtsordnung von Österreich unter der Enns – auch Ferdinanda genannt – eine auf Jahre hinaus richtungsweisende Rechtschrift. Diese sollte neben ihrer Vorbildfunktion für weitere Gebiete des habsburgischen Reiches auch die zukünftige Grundlage für die Constitutio Criminalis Thesiana von 1768 (vgl. Weingand 1999, S. 104) und damit für das erste einheitliche Strafgesetzbuch in Österreich und Böhmen werden. Genau wie in der Leopoldina, der oberennsischen Landgerichtsordnung von 1675, werden in der Ferdinanda „sodomitische Handlungen“ angeführt und mit Strafe bedroht: „Wer wider die Natur Unkeuschheit treibt, als Mann mit Mann, Weib mit Weib, oder aber ein Mensch mit einem vnvernünftigen Viech, der fällt in die Land=Gerichtliche hernach gesetzte Straf [...]“ (Ferdinanda: Art. 73; Leopoldi-

na III: Art. 15, zit. n. Hehenberger 2006, S. 51). Auf die explizite Nennung auch lesbischer Sexualakte sei hier besonders hingewiesen, denn im weiteren Verlauf der beiden Rechtskodifizierungen werden sie nicht mehr genannt. Die Strafe sah je nach Art des sodomitischen Delikts – sprich: sexuelle Handlungen mit Tieren oder mit Menschen – auf jeden Fall unterschiedliche Formen der Todesstrafe vor. Unter Sodomie konnten jedoch zu dieser Zeit auch heterosexuelle Handlungen fallen, wie am Beispiel der Halsgerichtsordnung⁶⁵ für Böhmen, Mähren und Schlesien von 1707 gezeigt werden kann, welche ebenso bestimmte als widernatürlich gefasste Akte zwischen Mann und Frau unter Strafe stellte und mit dem Tod durch Verbrennen ahndete (vgl. Weingand 1999, S. 105).

2.4.1.2 Die Constitutio Criminalis Theresiana

Die Constitutio Criminalis Theresiana von 1768 basierte zum großen Teil auf der Ferdinandeas sowie auf der Josephina, der Halsgerichtsordnung für Böhmen, Mähren und Schlesien von 1707, und stellte aufgrund ihres zum ersten Mal bestehenden einheitlichen Geltungscharakters sowohl für Österreich als auch für Böhmen ein Meilenstein in der Strafgerichtsbarkeit dar. Nach Inkrafttreten 1770 blieb sie jedoch nur 17 Jahre (bis 1787) gültig und wurde dann durch die Josephinischen Strafgesetze abgelöst. Entsprechend ihren rechtlichen Grundlagenbestimmungen wurden auch in der Constitutio Criminalis Theresiana sexuell normabweichende Praktiken als 'Sodomie' und 'Unkeuschheit gegen die Natur' definiert und geahndet. Über die bereits bestehenden Straftatbestände hinaus wurden jedoch zwei weitere ergänzt:

„Unkeusch wider die Natur verhielt sich nicht nur, wer Unzucht mit einem Tier bzw. mit einer Leiche trieb, sondern im selben Atemzug wurden Selbstbefriedigung und der Verkehr mit Personen desselben Geschlechts (wobei hier ausdrücklich jener zwischen Mann und Mann, zwischen Frauen und sogar zwischen Mann und Frau 'wider die Ordnung der Natur' aufgezählt war) genannt.“

(Schäffer-Ziegler 2000, S. 133)

Leichenschändung und Selbstbefriedigung kamen damit als sodomitische Vergehen hinzu. Hinsichtlich der Strafandrohung wurden jedoch – wie auch bereits in der Ferdinandeas – nur zwei Arten des Vergehens behandelt: die der sexuellen Handlung mit Tieren und die der 'Knabenschändung' (vgl. Hehenberger 2006, S.

65 „Halsgerichtsordnung (Landesgerichtsordnung), Bezeichnung für die vom 15. bis zum 17. Jh. erlassenen Patente über Strafrecht und Strafverfahren“ (Bamberger u.a. 1995, S. 467).

72). Wie auch bereits in der bisherigen Rechtsprechung gehandhabt, wurden sodomitische Deliktsfälle in der Theresiana mit dem Tod durch Verbrennen sowie darüber hinaus mit der „Verhängung der Ehrlosigkeit“ (Schäffer-Ziegler 2000, S. 134) geahndet, was zu einem Ausschluss von allen Bürgerrechten führte.

2.4.1.3 Die Josephinischen Strafgesetze von 1787

Joseph II. – nach dem die Josephinischen Strafgesetze kurz auch Josephina benannt sind – sorgte für die kurze Gültigkeitsdauer der *Constitutio Criminalis Theresiana*, indem sein neues allgemeines Strafgesetzbuch 1787 in Kraft trat. Unterteilt war das Gesetzbuch in zwei Teile: (I) Kriminalverbrechen und (II) Politische Verbrechen. Homosexuelle Handlungen wurden unter die zweiten – von Verwaltungsbehörden verfolgten – Straftatbestände eingereiht und damit auch den minderschweren Verbrechen mit zumeist geringerer Bestrafung zugeordnet. Die Begriffe ‘wider die Natur’, ‘Unzucht’ oder auch ‘Sodomie’ fanden jedoch keinen Eingang mehr. Nunmehr wurde bestraft, „wer die Menschheit in dem Grade abwürdigt, um sich mit einem Vieh, oder mit seinem eigenen Geschlechte fleischlich zu vergehen“ (Josephina, Teil II, § 71, zit. n. Weingand 1999, S. 106 f.). Strafausmaß waren 1 Tag bis 1 Monat und je nachdem, ob die Tat öffentlich begangen wurde oder nicht, folgten entweder öffentliche Zwangsarbeit in Eisen und Züchtigung mit Stock- oder Rutenhieben oder mit strengem Gefängnis eventuell zuzüglich Fasten sowie Stock- oder Rutenhieben (vgl. Schäffer-Ziegler 2000, S. 139 f.). Umstritten bleibt die Frage, ob neben Kriminalverbrechen auch politische Verbrechen und damit homosexuelle Handlungen mit der Strafe des ‘Schiffsziehens’ – welche oft zum Tode führte und solcherart einer Todesstrafe sehr nahe kam – und demnach mit dem Tode bestraft wurden.⁶⁶

Hinsichtlich der Behandlung von frauenliebenden Frauen in den historisch verfassten Strafgesetzbüchern bis zu den Josephinischen Strafgesetzen hin gilt es an dieser Stelle resümierend festzuhalten, dass diese – über die bereits zitierten Passagen hinaus – kaum thematisiert oder benannt wurden:

„Sodomitinnen, im Sinne von ‘widernatürlich’ sexuell aktiven Frauen, führten in der Gedankenwelt der juristischen Normen ein Schattendasein. Zwar wurden Frauen,

66 Sabine Schäffer-Ziegler (2000) bejaht diese Form der Bestrafung in Rückbezug auf Bleibtreu-Ehrenberg, Gisela (1978: Tabu Homosexualität). Hans-Peter Weingand verneint dies hingegen mit dem Verweis, dass Schiffsziehen nur im Fall schwerer Kriminalverbrechen verhängt wurde.

die sexuelle Beziehungen zu Frauen haben, in den Deliktdefinitionen der Ferdinanda, Leopoldina, Josephina und Theresiana angeführt, doch kam ihnen bei den weiteren Ausführungen der Artikel keine explizite Aufmerksamkeit mehr zu.“

(Hehenberger 2006, S. 79)

Die kodifizierte Bearbeitung von 'männlicher Sodomie' nahm damit im Vergleich zu 'weiblicher Sodomie' überproportionalen Raum ein. Dieses Ungleichgewicht hinsichtlich der strafrechtlichen Relevanz und Bewertung sexueller Akte zwischen Männern und zwischen Frauen kann als Symbol der untergeordneten gesellschaftlichen Bedeutung weiblicher Sexualität gewertet werden bzw. auch der 'unwesentlichen Gefahr' für die Gesellschaft, welche ihr zugeschrieben wurde.

2.4.1.4 Die Strafgesetzbücher von 1803 und 1852

Mit dem Strafgesetzbuch von 1803 wurde das Schiffsziehen abgeschafft und die Todesstrafe offiziell wieder eingeführt. Die kodifizierte Einteilung homosexueller Handlungen verschärfte sich: „Eine [...] Verschärfung im materiellen Recht brachte die Neuregelung der Unzucht wider die Natur. Sie wurde – im Gegensatz zum Josephinischen StG – zu den Verbrechen im eigentlichen Sinn gezählt“ (Schäffer-Ziegler 2000, S. 142). Des Weiteren wurde wieder auf den bereits abgelegten Begriff der 'Unzucht wider die Natur' (§ 113) zurückgegriffen und die Strafe mit einem Kerkerarrest zwischen sechs Monaten und einem Jahr (§ 114) definiert (vgl. Weingand 1999, S. 108). Das Strafmaß erhöhte sich dadurch im Vergleich zum Josephinischen Strafgesetz von 1787 wieder deutlich.

1852 wurde ein überarbeitetes Strafbuch präsentiert, welches – entgegen Entwicklungen in frankophilen europäischen Ländern⁶⁷ – homosexuelle Handlungen nach wie vor, und zwar im § 129, behandelte. Es wurde erneut der Begriff 'Unzucht wider die Natur' gewählt und – im Gegensatz zu seinem Vorgänger – folgendermaßen ausdefiniert:

„Unter Strafe gestellt war auch hier sowohl der Verkehr zwischen Männern als auch die lesbische Liebe und die Päderastie. Keine Berücksichtigung mehr hingegen fand der 'naturwidrige' Verkehr zwischen Mann und Frau.“

(Schäffer-Ziegler 2000, S. 147)

67 In Frankreich wurden beispielsweise bereits 1791 – zeitnah zur Französischen Revolution – die Sodomiegesetze abgeschafft. Nachfolgend setzte sich dieser Trend auch in französisch beeinflussten Ländern wie Belgien, den Niederlanden und Luxemburg durch (vgl. Krickler 1989, S. 68).

Damit war Österreich – im Gegensatz zu Deutschland und auch nahezu allen anderen Staaten – eines der wenigen Länder, wo sexuelle Akte von Frauen mit Frauen explizit Eingang ins Strafgesetzbuch bzw. in Gesetzestexte überhaupt fanden.⁶⁸ „In den meisten anderen Ländern wurde weibliche Sexualität ignoriert – eine nicht über den Mann definierte Sexualität der Frau konnte man sich gar nicht vorstellen“ (Krickler 1989, S. 69). Das Strafmaß wurde im § 130 mit Kerkerarrest von mindestens einem bis zu maximal fünf Jahren festgesetzt (vgl. Schäffer-Ziegler 2000, S. 149) und insofern fand eine erneute Verschärfung statt, sodass das maximale Strafmaß nunmehr im Vergleich zur Letztversion um das Fünffache gesteigert wurde. Wurde das Vergehen der Unzucht noch in Kombination mit anderen Straftaten wie beispielsweise Nötigung oder schwerer bis tödlicher Körperverletzung begangen, konnte sich das Strafmaß bis auf lebenslänglich erhöhen (vgl. ebd., S. 149 f.). Diese gesetzlichen Bestimmungen bezüglich homosexueller Handlungen – sowie bis auf einige wenige Ausnahmen auch das Strafgesetzbuch von 1852 – behielten trotz verschiedener Adaptierungsansätze und -entwürfe bis zum Zeitpunkt der Ausschaltung des österreichischen Parlaments im Jahr 1933 unverändert ihre Gültigkeit.

2.4.1.5 Die Zeit des Nationalsozialismus

Rechtsgrundlage zur strafrechtlichen Verfolgung Homosexueller nach dem ‘Anschluss’ Österreichs an das Deutsche Reich in Form der ‘Ostmark’ war nach wie vor § 129 aus dem Strafgesetzbuch von 1852: „Als Verbrechen der Unzucht werden nachstehende Arten der Unzucht bestraft: I. Unzucht wider die Natur, das ist a) mit Tieren; b) mit Personen des gleichen Geschlechts“ (Müller/Fleck 1998, S. 401). Insofern wurde zwar das österreichische Strafgesetzbuch selbst nicht verändert, jedoch der ‘ostmärkische’ Justizapparat inklusive Staatsanwaltschaften wurde angehalten, sich der reichsdeutschen Rechts(sprechungs)praxis anzugleichen.⁶⁹ Die ‘altreichsdeutsche’ Judikatur wurde durch die Verschärfung des § 175 im Jahr 1935 geprägt, welche eine Erweiterung der ursprünglichen Strafbarkeitsdefinition homosexueller Akte beinhaltete: „die Herstellung des Tatbestandes von ‘beischlafähnlichen Handlungen’, die in Deutschland im Unterschied zu Österreich zur Strafwürdigkeit erforderlich gewesen waren, mittels einer vagen Formulierung auf jede willkürlich festzulegende ‘Unzucht’“ (Sul-

68 Für Beispiele hinsichtlich der Rechtsprechung in Fällen von Anklagen von Frauen nach § 129 im Zeitraum 1887-1949 siehe Bei 2001, S. 163 ff.

69 Siehe dazu beispielsweise die Dokumentation von Schreiben und Aktennotizen zu Telefonaten des Reichsjustizministeriums im Februar 1940 in Grau 1993, S. 258 f.

zenbacher 2001, S. 210). Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden zugrunde liegenden Strafgesetzbuchparagrafen 175 und 129 war darüber hinaus die Exklusion bzw. Inklusion von Frauen und lesbischen sexuellen Handlungen: Das 'ostmärkische' Strafgesetzbuch und der § 129 Ib machten keine Unterscheidung hinsichtlich des Geschlechts und hatten somit auch Gültigkeit für Frauen und Lesben; im Gegensatz zu § 175, welcher nur für homosexuelle Akte von und unter Männern galt. Diese strafrechtliche Unterscheidung wurde im 'Altreich' keineswegs konfliktfrei gesehen und es gab eine beständige Diskussion, auch die Strafbarkeit von Frauen für homosexuelle Handlungen einzuführen.⁷⁰ Die Unwissenheit bezüglich der unterschiedlichen Rechtslagen führte auch zur Verurteilung einzelner deutscher Frauen aus dem 'Altreich' in Österreich (vgl. Müller/Fleck 1998, S. 419). Eine weitere Angleichung der 'ostmärkischen' Judikatur fand in Form von Erlässen statt, welche für das gesamte 'Reich' Gültigkeit hatten. So beispielsweise auch der Erlass von Heinrich Himmler 1940, welcher die Inhaftierung mehrfach wegen Unzucht verurteilter Männer in Konzentrationslagern anordnete (vgl. Sulzenbacher 2001, S. 212).

Insofern wurde die Verfolgung von Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus aufgrund ihres gleichgeschlechtlichen Begehrens nicht nur staatlich legitimiert, sondern vielmehr verordnet. Während gemäß der Politologin Hauer zwar nicht von einer „systematischen, mit dem Holocaust vergleichbaren Ausrottungspolitik“ (Hauer 2008, S. 33) gesprochen werden kann, konstatiert die österreichische Rechtswissenschaftlerin Sabine Schäffer-Ziegler dennoch zusammenfassend:

„Im Ergebnis war der nationalsozialistische Staat in der gesamten Zeit seines Bestehens äußerst stark daran interessiert, homosexuelle Personen ausfindig zu machen und 'aus dem Verkehr zu ziehen' – und dies mit immer rigoroseren Maßnahmen. [...] Der Homosexuelle wurde nicht mehr als gewöhnlicher Verbrecher eingestuft, sondern mutierte zum inneren Staatsfeind, zum Volksschädling.“

(Schäffer-Ziegler 2000, S. 172)

Trotz dieser staatlichen Verfolgungspolitik wurde überlebenden Homosexuellen (in Konzentrationslagern waren sie mit rosa Winkeln gekennzeichnet worden⁷¹) nach Ende des nationalsozialistischen Regimes über ein halbes Jahrhundert lang

70 Zur Diskussion rund um die strafrechtliche Verfolgung von lesbischen Frauen siehe Grau 1993, S. 101-115.

71 Das Symbol des rosa Winkels kann gemäß der Politikwissenschaftlerin Gudrun Hauer aufgrund der Seltenheit der Internierung von Frauen wegen homosexueller Handlungen in Konzentrationslagern als ausschließlich für Männer verwendetes Zeichen bezeichnet werden (vgl. Hauer 2008, S. 29).

die Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus vorenthalten. Erst 2005 – nach jahrzehntelangem Kampf homosexueller Vereinigungen wie der HOSI Wien⁷² – wurden Homosexuelle als Opfergruppe ins österreichische Opferfürsorgegesetz aufgenommen. Bis dahin hatte sich der österreichische Staat vehement gegen die Anerkennung gestemmt.⁷³

Von ca. 1930 bis ca. 1950 – und damit vornehmlich für die Zeit des Nationalsozialismus – war die juristisch dokumentierte (nationalsozialistische) Verfolgung von Frauen aufgrund homosexueller Anschuldigungen wesentlich geringer als die von Männern. So konstatieren Albert Müller und Christian Fleck in ihren Forschungsergebnissen hinsichtlich der Homosexuellenverfolgung in Österreich für diesen Zeitraum eine Frauenrate von unter fünf Prozent der Angeklagten und Beschuldigten (vgl. Müller/Fleck 1998, S. 419). Diese geringere strafrechtliche Fokussierung auf Frauen beruht vor allem auch auf dem nationalsozialistischen Frauenbild, welches Frauen aus allen Positionen öffentlicher und politischer Verantwortung entfernt sehen wollte und sie primär als unbezahlte reproduktionstätige Systemerhalterinnen und Mütter stilisierte. „Danach hatte das weibliche Geschlecht keine eigene Sexualität, sondern jene konnte nur über den Mann erlebt werden und dies ausschließlich zum Zwecke der Fortpflanzung“ (Schäffer-Ziegler 2000, S. 170). Diese geschlechterrollenspezifische Ansicht – mit Fokus auf Frauen in der Funktion der Gebärenden – widersprach grundlegend der Idee eines eigenständigen sexuellen Handelns von Frauen unabhängig von Männern. Durch dieses geschlechterrollenspezifische Gesellschaftsbild wurde die geringere (dokumentierte) Strafverfolgung von Frauen aufgrund von homosexuellen Handlungen ebenso wie bereits in früheren – und, wie noch zu zeigen sein wird, auch in zukünftigen – Epochen gefördert. Die Historikerin Claudia Schoppmann geht davon aus, dass homosexuelle Frauen jedoch offiziell aufgrund anderer Delikte verfolgt, bestraft und in Konzentrationslagern interniert wurden (vgl. Schoppmann 1993, S. 40 f.). Gleichzeitig plädiert Schoppmann dafür, dass die Verfolgung gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen in der Zeit des nationalsozialistischen Herrschaftsregimes nicht mehr „nur auf polizeiliche und justizielle Repression beschränkt“ (Schoppmann 2014, S. 44) gesehen werden darf. Insgesamt kann hinsichtlich der Forschungslage zur Situation von lesbischen Frauen im Nationalsozialismus konstatiert werden, dass diese nach wie

72 Die „Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien – 1. Lesben- und Schwulenverband Österreichs“ stellt eine der wichtigsten politischen Interessenvertretungen von und für homosexuelle Menschen in Wien bzw. in Österreich dar. Zu den Zielen des 1979 gegründeten Vereins zählen die rechtliche Gleichstellung, Self-Empowerment, Abbau von Vorurteilen sowie die Anerkennung und Rehabilitation von Opfern der Homophobie sowie Öffentlichkeitsarbeit dar. Zu den bisher erreichten Erfolgen siehe: Homosexuelle Initiative Wien (o.J.a): Unsere Ziele/Erfolge.

73 Siehe dazu beispielsweise den Beitrag von Hannes Sulzenbacher (2001).

vor „nur sehr unzureichend historisch erforscht und aufgearbeitet“ (Hauer 2008, S. 27) ist.

2.4.1.6 Von 1945 bis heute

Das Kriegsende brachte hinsichtlich der Strafverfolgung Homosexueller keinerlei Neuerungen. Oder wie Albert Müller und Christian Fleck treffend konstatieren: „Die strafrechtliche Verfolgung Homosexueller auf dem Gebiet des heutigen Österreich bildet vielmehr ein Element eines Kontinuums in den rechtsstaatlichen Systemen der Ersten und Zweiten Republik, dem österreichischen autoritären ‘Ständestaat’ (1934-1938) und dem System der nationalsozialistischen Herrschaft in Wien (1938-1945)“ (Müller/Fleck 1998, S. 400 f.).

So behielt die Rechtsprechung bezüglich Homosexueller in der Zeit des Nationalsozialismus auch nach Ende des Regimes ihre Wirkung: Aufgrund von Homosexualität Inhaftierte mussten auch weiterhin im Gefängnis bleiben und verhängte Strafen wurden als Vorstrafen ins Strafregister eingetragen (vgl. Sulzenbacher 2001, S. 207). Darüber hinaus wurden polizeiliche Ermittlungsergebnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus auch weiterhin als Beweismittel gegen Homosexuelle eingesetzt: „Seit der Zeit nach dem ‘Anschluß’ merkte die Polizei Homosexuelle in einer speziellen Kartei vor. Diese Kartei wurde in der Zweiten Republik weiter genutzt und weitergeführt. Sie wurde in manchem Prozeß als Beweismittel herangezogen“ (Müller/Fleck 1998, S. 411).

Erst 1971 wurde das Strafänderungsgesetz beschlossen, welches unter dem Namen ‘Kleine Strafrechtsreform’ in die Geschichtsschreibung einging. Im Zuge derer wurde die Strafbarkeit einfacher Homosexualität zwischen Erwachsenen beseitigt und gleichzeitig wurde erstmals vom Begriff ‘Unzucht wider die Natur’ abgegangen. „Aufgrund des Drucks konservativer und katholischer Kreise wurden ersatzweise vier neue Paragraphen in das ‘Österreichische Strafgesetzbuch’ (StGB) aufgenommen“ (Hauer 1989, S. 61).⁷⁴ Die darauffolgende ‘Große Strafrechtsreform’ wurde vier Jahre später umgesetzt und trat am 1.1.1975 in Kraft.⁷⁵ Inkludiert darin waren auch die erst 1971 etablierten vier Paragraphen zu strafbaren homosexuellen Handlungen.⁷⁶

74 Siehe dazu Republik Österreich (1971): BGBl. 1971/273: die Paragraphen 129 I, 500, 517 und 518.

75 Siehe dazu Republik Österreich (1974): BGBl. 1974/60.

76 Nur die Nummerierung veränderte sich: § 129 I vgl. § 209, § 500 vgl. § 210, § 517 vgl. § 220, § 518 vgl. § 221.

- § 209: (männliche) gleichgeschlechtliche Unzucht mit Personen unter achtzehn Jahren (Strafmaß: sechs Monate – fünf Jahre; gültig bis 2002)
- § 210: gewerbsmäßige (männliche) gleichgeschlechtliche Unzucht (gültig bis 1989)
- § 220: Werbung für Unzucht mit Personen des gleichen Geschlechtes oder mit Tieren (gültig bis 1997)
- § 221: Verbindung zur Begünstigung gleichgeschlechtlicher Unzucht (gültig bis 1997)

Als hervorstechend kann besonders die geschlechtsspezifische Zuschneidung der Paragraphen 209 und 210 ausschließlich auf männliche Homosexualität bezeichnet werden. Bereits 1989 wies Gudrun Hauer darauf hin, dass mit den damals geltenden gesetzlichen Bestimmungen Österreich „die schärfste antihomosexuelle Gesetzgebung Westeuropas“ (Hauer 1989, S. 61 f.) verfolgte. Aktivist_innen der Homosexuellen-Bewegung kämpften jahrzehntelang für die Aufhebung bzw. Abschaffung der vier Paragraphen, wobei sich § 209 am längsten im Strafbuch hielt.⁷⁷ Mehrfach und über Jahre hinweg wurde Österreich durch internationale Institutionen und Organisationen wie beispielsweise das Europäische Parlament zur sofortigen Streichung des § 209 aufgefordert (vgl. Graupner 2003, S. 6 f.). 1996 kam es zu einer parlamentarischen Abstimmung zu den nach wie vor gültigen Paragraphen 209, 220 und 221. „Dem vorausgegangen waren ExpertInnenhearings und jahrelange Informationsarbeit von seiten der Schwulen- und Lesbianorganisationen. Die Streichung von § 209 scheiterte wegen Stimmengleichheit (91/91)“ (Benke/Holzleithner 1998, S. 71). Erst im Jahr 2002 wurde der § 209 als verfassungswidrig durch den Verfassungsgerichtshof aufgehoben und damit außer Kraft gesetzt.⁷⁸ Damit wurde der letzte Sonderparagraph zu homosexuellen Handlungen in Österreich erst Anfang des 21. Jahrhunderts aufgehoben. Bezeichnenderweise wurde die Aufhebung nicht auf politischem Wege durchgesetzt und solcherart durch den Gesetzgeber bestimmt, sondern aufgrund seines diskriminierenden Charakters durch das österreichische Höchstgericht erzwungen.

Rückblickend und bezugnehmend auf die lange Gültigkeit und Auswirkungen des Strafgesetzes von 1852 weisen Albert Müller und Christian Fleck daher folgerichtig darauf hin, „daß ‘Homosexualität’ in Österreich nicht nur während der NS-Zeit verfolgt wurde, sondern davor und danach, und zwar auf einer im wesentlichen kontinuierlichen Rechtsgrundlage. ‘Homosexuelle’ waren nicht

77 Eine Adaptierung des Paragraphen erfolgte 1988, indem das Strafmündigkeitsalter von 18 auf 19 Jahre angehoben wurde.

78 Siehe zur Entscheidung des VfGH vom 21.06.2002 Nr. G6/02 (VfGH 2002).

bloß Opfer der Nazis, sondern Opfer einer homophoben Gesellschaft, deren Bestand nicht an das 'Dritte Reich' gebunden war" (Müller/Fleck 1998, S. 422). Bezeichnend ist darüber hinaus die judikative Einbettung der strafrechtlichen Bestimmungen zu Homosexualität in Österreich. Kurt Krickler konstatiert diesbezüglich: „Die mittelalterliche Vermischung von Homosexualität und Bestialität hat sich unglaublicherweise bis ins österreichische Strafgesetz des ausgehenden 20. Jahrhunderts gehalten: Paragraph 220 des geltenden Strafgesetzes nennt 'gleichgeschlechtliche Unzucht' und 'Unzucht mit Tieren' in einem Atemzug" (Krickler 1989, S. 68 f.). Erst durch Inkrafttreten des Strafrechtsänderungsgesetzes 1996 (Republik Österreich 1996: BGBl. 762/1996) mit 1. Jänner 1997 wurde dieser Vermischung ein Ende gesetzt.

Es ist in menschenrechtlicher Hinsicht bemerkenswert, dass in Österreich mittlerweile alle strafrechtlichen Bestimmungen zu homosexuellen Akten aus dem aktuell gültigen Strafgesetzbuch getilgt wurden. Gleichzeitig ist es auch bezeichnend, dass die Aufhebung des letzten 'Homosexuellenparagraphen' in Österreich erst knapp ein Jahrzehnt her ist, und dies lässt auf einen intensiven, beständigen und nachhaltig wirkenden homophoben Strukturcharakter in der österreichischen Gesellschaft schließen. Bezugnehmend auf das Strafrecht als staatliches Diskriminierungsinstrument stellt Gudrun Hauer daher fest: „Zwar kann mit der angestrebten 'Gleichheit vor dem Gesetz' eine nicht unbeträchtliche Erleichterung im Alltagsleben vieler homosexueller Männer erreicht werden, aber Wesen und Funktion des Rechtssystems bleiben unangetastet. Wurzel und Wesen der Homophobie in unserer Gesellschaft bleiben hierbei größtenteils unberührt und unwidersprochen" (Hauer 1989, S. 51).

In diesem Zitat der Politologin Hauer werden drei relevante Punkte thematisiert bzw. herausgestrichen:

- (1) Die grundsätzlich heteronormative Verfasstheit der österreichischen Gesellschaft, ihrer Strukturelemente und die unkritisierte Selbstverständlichkeit dieser Verfasstheit, trotz und wegen einzelner Gleichstellungsmaßnahmen.
- (2) Der Schwerpunkt der Fokussierung strafrechtlicher Bestimmungen auf homosexuelle Akte von und unter Männern.
- (3) Die alltagserleichternde Auswirkung (straf)rechtlicher Gleichstellung für homosexuelle Menschen in ihren konkreten Lebenszusammenhängen.

Vor allem Punkt (2) ist für gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frauen relevant, da er die gesellschaftliche Nichtbeachtung von Lesben deutlich macht.⁷⁹ In den dargelegten Ausführungen zur strafrechtlichen Relevanz bzw. Verfolgung von Frauen und sexuellen Akten unter bzw. zwischen ihnen konnte diese Nichtwahrnehmung quer durch die Jahrhunderte hindurch ebenso gezeigt werden. Die Auswirkungen von Punkt (3) – die Erleichterung des alltäglichen Lebens – betreffen zwar hinsichtlich der Aufhebung des Strafrechtsparagrafen § 209 vornehmlich Männer, darüber hinausgehend können jedoch vor allem jüngste zivilrechtliche Entwicklungen genannt werden, welche für homosexuelle Menschen generell alltagserleichternde Folgen implizieren. Insofern ist hinsichtlich der Fokussierung der heteronormativen Orientierung des österreichischen Rechtssystems nicht nur die Nachzeichnung der Entwicklung des Strafrechts relevant, sondern auch die Betrachtung weiterer Rechtsbereiche, beispielsweise das Zivilrecht. Anhand des aktuell durch starke gleichstellungspolitische Veränderungen geprägten Bereiches des Zivilrechts soll daher im Folgenden die nach wie vor existente rechtliche Ungleichberechtigung homosexueller Menschen in wesentlichen alltagsrelevanten österreichischen Rechtsbereichen gezeigt werden.

2.4.2 Homosexualität und Zivilrecht

Der Bereich des Zivilrechts⁸⁰ ist hinsichtlich der Forcierung von Gleichberechtigung von hetero- und homosexuellen Menschen in den letzten Jahren einer vielfältigen Weiterentwicklung unterlegen. Dementsprechend gibt es auch in zivilrechtlicher Hinsicht zwar mittlerweile einige Gleichstellungen von homosexuellen mit heterosexuellen Staatsbürger_innen, welche unter anderem in den letzten Jahren in Form von Rechtsprechungen durch den VfGH mitvollzogen wurden, wie im Folgenden beispielhaft anschaulich gemacht wird. Jedoch kann von einer rechtlich umfassenden Gleichstellung nach wie vor nicht gesprochen werden. An dieser Stelle soll vor allem anhand des Themenkomplexes der eingetragenen Partner_innenschaft – aus homosexueller Perspektive eine der größten zivilrechtlichen und gesellschaftspolitischen Errungenschaften der letzten Jahre – sowie anhand des nach wie vor fehlenden Wahlkindadoptionsrechts und des mangeln-

79 Siehe dazu auch das Kapitel „Beispiele heteronormativer Diskursmechanismen“ (Kap. 2.3) in der vorliegenden Arbeit.

80 Im Sinn von Monika Singer (2005) werden im Folgenden die verschiedenen Rechtsbereiche (ausschließlich) aus einer Perspektive von (rechtlicher) Un-/Gerechtigkeit bzw. vom Standpunkt sozialer Un-/Gleichheit aus beleuchtet und diskutiert.

den Antidiskriminierungsschutzes ein Einblick in aktuelle rechtliche und politische Entscheidungen geboten werden.

2.4.2.1 Die eingetragene Partner_innenschaft

Seit 1.1.2010 ist es auch gleichgeschlechtlichen Paaren in Österreich möglich, ihre Beziehung rechtlich anerkennen zu lassen. Zusätzlich zum Rechtsinstitut der Ehe (vgl. Republik Österreich 2013a) wurde die Rechtsform „Eingetragene Partnerschaft“ (Republik Österreich 2009) für Paare gleichen Geschlechts gesetzlich etabliert. Das bedeutet, dass weder homosexuellen Paaren die Rechtsform der Ehe noch heterosexuellen Paaren die eingetragene Partner_innenschaft offensteht. Eine Gleichstellung von Homosexuellen mit Heterosexuellen ist durch diese rechtliche Neuerung also nicht erlangt worden. Der Jurist Helmut Graupner konstatiert dahingehend: „Sonderinstitute für gleichgeschlechtliche Paare bringen keine wirkliche Gleichheit. Sie schaffen sexuelle Apartheid. Homosexuelle Paare dürfen keine Ehe eingehen und heterosexuelle keine eingetragene Partnerschaft. Die Ehe bleibt ein heterosexuelles Ghetto, die Eingetragene Partnerschaft wird homosexuelles Ghetto“ (Graupner 2011, S. 6 f.).

Hinzu kommt, dass die Rechtsform der 'Eingetragenen Partnerschaft' – kurz EP – sich in zahlreichen Punkten von der Rechtsform der 'Ehe' unterscheidet.⁸¹ Vor allem hinsichtlich der symbolischen Wirkung haben diese Unterscheidungen große Effekte:

„Mit diesen Unterschieden soll nichts anderes zum Ausdruck gebracht werden, als dass eine EP minderwertiger sei als die Ehe, nicht würdig der gleichen Regelungen und Bezeichnungen. Diese Unterschiede sind formaler Natur und von hoher Symbolkraft: Die EP wird nicht wie die Ehe am Standesamt geschlossen, die eingetragenen Partner/innen haben keine 'Familiennamen', sondern 'Nachnamen'; nach der Partnerschaftsschließung ändert sich bei den beiden Personen der Personenstand 'ledig' nicht auf 'verheiratet', sondern auf den Personenstand 'in eingetragener Partnerschaft lebend', eine EP wird nicht 'geschieden', sondern 'aufgelöst' usw.“

(Graupner 2011, S. 11)

An den bestehenden diskriminierenden Unterscheidungen wird durch den Gesetzgeber auch weiterhin festgehalten bzw. werden diese sogar zementiert, wie am aktuellen Beispiel des neuen Personenstandsgesetzes (PStG 2013) zu sehen

81 Die beiden Rechtsformen unterscheiden sich in zahlreichen Punkten. Details dazu siehe Graupner/Fortner 2013.

ist, das am 4. Dezember 2012 im österreichischen Nationalrat beschlossen wurde und am 1. November 2013 in Kraft trat (vgl. Republik Österreich 2013b). Auch darin wurde am Begriff 'Nachnamen' für gleichgeschlechtliche Paare in einer eingetragenen Partner_innenschaft festgehalten. Alle Personen, die nicht in einer eingetragenen Partner_innenschaft leben, egal ob sie alleinstehend, verwitwet, verheiratet oder geschieden sind, tragen jedoch einen 'Familiennamen'. Die Macht der Sprache signalisiert in dieser Form der Benennung, dass gleichgeschlechtliche Paare aus der Perspektive des Gesetzgebers keine Familie sein können. Der hohe Grad der heteronormativen Sichtweise in der aktuellen staatlichen Politik wird dadurch erneut deutlich.

Manche der diskriminierenden Unterscheidungen wurden durch den VfGH bereits aufgehoben. Hinsichtlich der Namensgebung bzw. -änderung hat beispielsweise der VfGH eine bestimmte Form der Diskriminierung verboten: Im Gegensatz zu Doppelnamen von Ehepartner_innen durften bei eingetragenen Partner_innen „– nach Ansicht der Behörden – die beiden Teile des Doppelnamens aber nicht mit einem Bindestrich verbunden werden“ (Graupner 2011, S. 17). Mittlerweile hat der VfGH entschieden, dass diese Gesetzesinterpretation eine Diskriminierung darstellt und keine verfassungskonforme Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen verlangt (vgl. VfGH 2011). Damit wurde einem Zwangsoouting – welches durch diese explizite Schreibweise des Namens stattfand – ein Ende gesetzt.

In anderen Bereichen hingegen bestätigt und verfestigt der VfGH bestehende Unterscheidungen. So wurde z.B. im Rahmen des Eingetragenen Partnerschafts-Gesetzes der Ort für die Schließung ebendieser durch den Gesetzgeber in den Bezirksverwaltungsbehörden festgelegt (Republik Österreich 2009, S. 50). Im Gegensatz zum Rechtsinstitut der Ehe, welches am Standesamt geschlossen wird, wurde die Schließung einer eingetragenen Partner_innenschaft damit in Bezirkshauptmannschaften oder – in Städten mit eigenem Statut wie beispielsweise der Stadt Wien – in Magistrate verortet. Der symbolische Wert des Standesamtes als ausschließlicher Ort der Eheschließung wird gleichgeschlechtlichen Paaren solcherart verweigert. Die „symbolische Ungleichbehandlung“ (Graupner 2011, S. 44) wird in Form räumlicher Zuordnung konserviert. In seiner aktuellen Rechtsprechung legitimierte der VfGH die Ungleichbehandlung mit der Begründung, dass diese im Ermessensspielraum des Gesetzgebers liege (vgl. VfGH 2012).⁸²

82 Zwar zeigen Lobbying-Gespräche durch VertreterInnen schwul-lesbischer Organisationen auf höchster politischer Ebene Wirkung, indem Zeitungsberichte von einer Öffnung des Standesamtes für Verpartnerungen berichten und für 2015 ankündigen (siehe dazu die linksliberale ös-

Kritisch betrachtet wird die Möglichkeit der Partner_innenschaftseintragung auch auf folgenden zwei Ebenen: innerhalb der wissenschaftlichen wie auch der schwul-lesbischen Community. Innerhalb der Ersteren gibt es Stimmen, welche die Form der neuen (rechtlichen) Grenzziehung entlang der Kategorie der 'sexuellen Orientierung' mit dem neuen Rechtsinstitut der Eingetragenen Partnerschaft u.a. als problematisch im Sinn von hegemonial- und machstabilisierend charakterisieren.⁸³ Innerhalb der zweiten Ebene herrscht vor allem von Seiten gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen teilweise eingeschränkte Akzeptanz bezüglich der neuen rechtlichen Möglichkeit der Beziehungsinstitutionalisierung. Gudrun Hauer stellt dahingehend fest: „Insgesamt gesehen erwiesen und erweisen sich lesbische Frauen als 'eheskeptischer' verglichen mit schwulen Männern – wie generell Frauen in industrialisierten, kapitalistischen Staaten tendenziell häufiger Scheidungen einreichen“ (Hauer 2011, S. 14).⁸⁴ Offensichtlich wird diese Skepsis anhand der geringeren Anzahl von Frauen in den bisher vorliegenden Statistiken zur eingetragenen Partner_innenschaft:

*Tabelle Nr. A1: Statistik zur eingetragenen Partner_innenschaft*⁸⁵

	Männerpaare	Frauenpaare	Gesamt	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
2010	450 (63,8%)	255 (36,2%)	705 (100%)	
2011	259 (59,8%)	174 (40,2%)	433 (100%)	-38,6%
2012	231 (59,8%)	155 (40,2%)	386 (100%)	-10,9%
2013	203 (55,2%)	165 (44,8%)	368 (100%)	-4,6%

So zeigt sich in den bisher vorliegenden Zahlen, dass bislang Männerpaare einen deutlich größeren Anteil an den eingetragenen Partner_innenschaften haben. Der prozentuelle Anteil an sich verpartnernden Frauenpaaren steigt beständig, jedoch ist die Gesamtzahl an Verpartnerungen insgesamt abnehmend.

terreichische Tageszeitung DerStandard.at 2014a und DerStandard.at 2014b). Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit war dies jedoch noch nicht möglich.

83 Siehe dazu beispielsweise Mesquita 2011 bzw. Holzleithner 2014, S. 108 ff.

84 Siehe dazu auch Repnik 2006, S. 144 ff.

85 Quellen: Statistik Austria 2014a, eigene Berechnungen.

In den kommenden Jahren gilt es zu untersuchen, ob sich diese Tendenzen fortsetzen. Insgesamt kann jedoch bereits jetzt konstatiert werden, dass sowohl 2010 mit 705 Verpartnerungen zu 37.545 Eheschließungen, 2011 mit 433 Verpartnerungen zu 36.426 Eheschließungen, 2012 mit 386 Verpartnerungen zu 38.592 Eheschließungen und 2013 mit 368 Verpartnerungen zu 36.140 Eheschließungen (vgl. Statistik Austria 2014b) gesamt die Anzahl der Verpartnerungen im Vergleich zu denen der Eheschließung verschwindend gering ist.⁸⁶

Im europäischen Vergleich hat Österreich mit der Rechtsform der „Eingetragenen Partnerschaft“ erst äußerst spät ein staatliches Legalisierungs- und Legitimierungsinstrument installiert, welches für homosexuelle Paare offensteht. Dänemark verankerte beispielsweise bereits 1989 (vgl. Bauer 2009, S. 8) und damit über 20 Jahre vor dem österreichischen Staat das Instrument der eingetragenen PartnerInnenschaft in seinen Gesetzen.⁸⁷ Wenngleich sich in den gesetzlichen Neuerungen eine Entkriminalisierung und Veränderung der gesellschaftlichen Bewertung von homosexuellen Lebensweisen zeigt, kann der Umstand dieser jahrelangen Widerständigkeit gegen Gleichstellungsmaßnahmen auch auf legislativer Ebene als weiteres Zeichen der Performanz der heteronormativen Verfasstheit der österreichischen Gesellschaft gewertet werden.

86 Im Zusammenhang mit dieser Gegenüberstellung kann die Frage aufgeworfen werden, in welchen Relationen in der in Österreich lebenden Bevölkerung unterschiedliche sexuelle Orientierungen vorhanden sind. Diese Frage kann aus mehreren Gründen nicht präzise beantwortet werden: (1) Sexuelle Orientierungen müssen über den Lebensverlauf hin nicht statisch sein, sondern können sich verändern (vgl. Bauer 2009, S. 3). (2) In den Sozialwissenschaften wird davon ausgegangen, dass auch zum jetzigen Zeitpunkt nur die Hälfte der Homosexuellen ihre Begehrensform auslebt (vgl. Bauer 2009, S. 3). Inwiefern dies auch auf Personen in Österreich zutrifft, kann nur gemutmaßt werden. (3) Die Erhebung von quantitativen Daten ist in diesem Kontext schwierig, da nicht davon auszugehen ist, dass bei (repräsentativen) Umfragen alle Befragten wahrheitsgemäß über ihre sexuellen Begehrensformen Auskunft geben. Vor diesem Hintergrund sind folgende Angaben zu verstehen, nach denen in konservativen Schätzungen von 3-5% männlichen erwachsenen Homosexuellen ausgegangen wird sowie von weiteren zusätzlichen 5%, welche phasenweise in homo- oder bisexuellen Partnerschaften leben (vgl. Bauer 2009, S. 3). In Bezug auf Frauen wird von einer etwas geringeren Zahl ausgegangen, wobei jedoch bei Frauen eine größere Zahl phasenweise bisexuell lebt (vgl. Bauer 2009, S. 3). Insgesamt ist jedoch darauf hinzuweisen, dass (vor allem quantitative) wissenschaftliche Erhebungen zu gleichgeschlechtlichen Personen grundsätzlich mit dem Problem konfrontiert sind, dass die Grundgesamtheit der untersuchten gesellschaftlichen Gruppe nicht bekannt ist (vgl. Buba/Vaskovics 2000).

87 Im Vergleich dazu ist beispielsweise zum aktuellen Zeitpunkt die gleichgeschlechtliche Ehe bereits in folgenden europäischen Staaten auf nationaler Ebene legal: Niederlande, Belgien, Spanien, Norwegen, Schweden, Portugal, Island, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Finnland und in folgenden Gebieten des Vereinigten Königreiches: England, Schottland und Wales (vgl. Wikipedia 2014). Doch nach wie vor sind „in den meisten Staaten der Welt [...] gleichgeschlechtliche Paare von der Ehe ausgeschlossen“ (Holzleitner 2014, S. 105).

2.4.2.2 Zugang zu Wahlkindadoption, Stiefkindadoption und reproduktionsmedizinischen Maßnahmen

Über die eingetragene Partner_innenschaft hinaus wird aktuell unter anderem der Themenkomplex gleichgeschlechtliche Paare und Familie im Sinn eines Gleichstellungsthemas auf zivilrechtlicher bzw. (staats)politischer Ebene in Österreich vermehrt behandelt. Im Folgenden wird in diesem Zusammenhang auf die Zugangsmöglichkeiten für lesbische Paare zu Wahlkind- und Stiefkindadoption sowie zu reproduktionsmedizinischen Maßnahmen eingegangen.

In Bezug auf das Recht zur Wahlkindadoption ist festzuhalten, dass dieses einem homosexuellem Paar in Österreich grundsätzlich – egal ob verpartnert oder nicht – zum aktuellen Zeitpunkt gesetzlich nicht offensteht. Wahlkindadoptionen sind dezidiert ausschließlich heterosexuellen Paaren oder Einzelpersonen gestattet.⁸⁸ Zwar hat der VfGH in seiner am 11. Dezember 2014 getroffenen Entscheidung das Wahlkindadoptionsverbot für gleichgeschlechtliche Partner_innen als verfassungswidrig aufgehoben und dem Gesetzgeber eine Reperaturfrist bis 31. Dezember 2015 eingeräumt (vgl. Vfgh 2014, S. 2), zivilrechtliche Schritte hin zu einer Ermöglichung durch die aktuelle Bundesregierung gibt es jedoch nach wie vor nicht. Im Gegensatz dazu ist die Stiefkindadoption – also die Adoption eines leiblichen Kindes des Lebensgefährten/der Lebensgefährtin – nunmehr in Österreich seit 1. August 2013 erlaubt und möglich (vgl. RKLambda o.J. b). Der österreichische Rechtsanwalt Helmut Graupner, seines Zeichens Leiter des Rechtskomitees Lambda, hat dieses Recht auf einem langjährigen Klagsweg erstritten (vgl. Holzleithner 2014, S. 106 f.). Der diesbezügliche Präzedenzfall zweier lesbischer Österreicherinnen und ihres Sohnes war beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängig (vgl. RKLambda 2012, S. 2). Mit dem rechtskräftigen Urteil vom 19.2.2013 wurde Österreich durch den EGMR für die fehlende Möglichkeit der Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare verurteilt, da dies homosexuelle Paare im Vergleich zu unverheirateten heterosexuellen Paaren diskriminiert (vgl. European Court of Human Rights 2013). Eine gleichstellungsrechtliche Adaptierung der österreichischen gesetzlichen Bestimmungen wurde dadurch notwendig.

Eine alltagserleichternde Neuerung in Bezug auf die alltägliche Obsorge für homosexuelle Paare und ihre Kinder trat bereits kurz zuvor in Kraft:

„Eine erfreuliche Nachricht gibt es für Regenbogenfamilien zu berichten: Durch das Kindschafts- und Namensrechts-Änderungsgesetz 2013 ist es [...] gelungen, eine Verbesserung für gleichgeschlechtliche Paare zu erreichen: Der/Die eingetragene

88 Siehe dazu § 191 ABGB.

Partner/in wird in Hinkunft den/die andere/n Partner/in in Obsorgeangelegenheiten des täglichen Lebens vertreten dürfen, etwa eine Entschuldigung fürs Kind schreiben, es von der Schule oder vom Kindergarten abholen etc.“

(Krickler/Högl 2012, S. 17)

Mittels dieser Gesetzesänderung wurde homosexuellen Paaren mit Kindern zumindest die alltägliche Betreuungsarbeit durch rechtliche Kompetenzzusicherung erleichtert.

Des Weiteren steht seit 1.1.2015 (vgl. VfGH 2013, S. 3) nunmehr auch lesbischen Paaren der Zugang zu medizinisch unterstützter Fortpflanzung in Österreich offen. Nach einer weitgehend positiven Empfehlung durch die Bioethikkommission des Bundeskanzleramtes und der Abweisung des ersten Antrags des OGH aus formalrechtlichen Gründen hat ebendieser Gerichtshof erneut einen Antrag an den VfGH zur Aufhebung des Gesetzes aufgrund seines diskriminierenden Charakters gestellt, wie die christlich-konservative österreichische Tageszeitung „Die Presse“ in ihrer Online-Ausgabe berichtet (vgl. Kommenda 2013). In seiner am 10. Dezember 2013 gefällten Entscheidung verfügte der VfGH, dass das Verbot der Samenspende für lesbische Paare als diskriminierend und damit als verfassungswidrig aufzuheben ist (vgl. VfGH 2013, S. 2) und dass gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern durch die österreichische Rechtsordnung ebenso als Familie anerkannt werden (vgl. ebd., § 36, S. 18). Damit ist „die Entscheidung des VfGH [...] die weltweit erste, mit der ein Höchstgericht den Ausschluss lesbischer Paare von medizinisch unterstützter Fortpflanzung als Menschenrechtsverletzung erkennt“ (RKLambda 2014, S. 3).

Elisabeth Holzleithner hält fest, dass es grundsätzlich zwei Wege gibt, um geltendes nicht-menschenrechtskonformes Recht zu verändern (vgl. Holzleithner 2014, S. 105 f.): Einerseits kann versucht werden, den Gesetzgeber zu Veränderungen anzuregen, und andererseits können Höchstgerichte angerufen werden, um auf judikativem Weg die Aufhebung ebensolcher Gesetze anzustreben. Insgesamt wird anhand der angeführten Beispiele im zivilrechtlichen Kontext von gleichgeschlechtlichen Paaren und Familien deutlich, dass in Österreich relevante Gleichstellungsmaßnahmen für Homosexuelle vorrangig nicht freiwillig durch den Gesetzgeber umgesetzt werden, sondern vielmehr Höchstgerichtsurteile dem Staat Adaptionen auferlegen. Insofern zeigt die heteronormative Gesellschafts-hegemonie – und deren geschlechterspezifisch stabilisierendes Strukturelement der heterosexuellen Familienkonstruktion – auf staatlicher Ebene nachhaltige Wirkung, indem die Beharrlichkeit des Gesetzgebers hinsichtlich deren rechtlicher sowie symbolischer Absicherung deutlich wird.

2.4.2.3 Antidiskriminierungsgesetzgebung

Die gesetzliche Verankerung von Antidiskriminierungsrichtlinien hinsichtlich sexueller Orientierung kann zum jetzigen Zeitpunkt sowohl in Österreich⁸⁹ wie auch in Europa als mangelhaft bezeichnet werden. Zwar wurde im Jahr 2000 durch die Europäische Union eine Richtlinie zur Gleichbehandlung im Bereich Beschäftigung und Beruf beschlossen⁹⁰, aufgrund derer die einzelnen Mitgliedsstaaten – und damit auch Österreich – verpflichtet waren, diese Richtlinie auch in nationalem Recht umzusetzen. Jedoch waren die Bestrebungen hinsichtlich der nationalen Umsetzung in Österreich dürftig:

„In Österreich erfolgte die Umsetzung erst im Jahr 2004. Wenig später kündigte die EU-Kommission rechtliche Schritte gegen sechs Mitgliedsstaaten – darunter auch Österreich – wegen mangelnder bzw. nicht erfolgter Umsetzung der EU-Richtlinien 43 und 78 (2000) zur Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund ethnischer Zugehörigkeit bzw. einer Behinderung, des Alters, der Religion und der sexuellen Orientierung an.“

(Bauer 2009, S. 5; Hervorhebung im Original)

In diesem Gesetz zum Verbot von Diskriminierung unter anderem der sexuellen Orientierung sind sowohl direkte als auch indirekte Diskriminierungen in Arbeitszusammenhängen aller Beschäftigungsarten von unselbstständig bis selbstständig, von befristet bis unbefristet, im öffentlichen oder auch im privaten Erwerbsarbeitsbereich inkludiert. Über den Bereich der Beschäftigung hinaus gibt es allerdings nach wie vor keinerlei rechtlichen Schutzbestimmungen. Zwar wurde im Jahr 2009 eine neue, umfassendere Antidiskriminierungsrichtlinie, welche „Diskriminierung in einer Reihe von Bereichen außerhalb des Arbeitsmarktes, unter anderem in den Bereichen Sozialschutz, Bildung sowie Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, wie z.B. Wohnraum, Transport sowie Gesundheit“ (Europäisches Parlament 2009b, S. 1) explizit verbietet und strafbar macht, auf Vorschlag der Europäischen Kommission hin leicht adaptiert und verändert im Europäischen Parlament zur Abstimmung gebracht. Jedoch konnte diese im Europäischen Parlament mit über sechzigprozentiger

89 Im Folgenden wird ausschließlich auf bundesrechtliche Antidiskriminierungs- bzw. Gleichbehandlungsgesetzgebung eingegangen. In Bezug auf die rechtliche Situation in den neun österreichischen Bundesländern gibt es – zwar ebenfalls mit Hierarchisierungen – zumindest in acht davon auch außerhalb der Arbeitswelt in Bezug auf alle (juristisch definierten) Diskriminierungskategorien einen bestehenden rechtlichen Diskriminierungsschutz (vgl. Almer/Frey 2014, S. 207, FN).

90 Siehe dazu Europäische Gemeinschaft 2000.

Zustimmung angenommene Richtlinie (vgl. Europäisches Parlament 2009a) nach wie vor nicht in Kraft treten. Die dafür notwendige Zustimmung des Europäischen Rates – sprich: aller Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union – steht nach wie vor aus, wie die SPD-Europaabgeordnete Birgit Sippel kritisiert (vgl. Sippel 2013).

Entsprechende Vorlagen von Gesetzesnovellen zur Kodifizierung eines Diskriminierungsschutzes bezugnehmend auch auf Alter, Religion und Weltanschauung sowie sexuelle Orientierung über die Bereiche Arbeit und Beschäftigung hinaus gibt es auch in Österreich bereits seit mehreren Jahren. Aktuelle politische Diskussionen zeigen jedoch die nach wie vor existierende Unvereinbarkeit heteronormativer staatlicher Politiken mit Antidiskriminierungsgesetzen. So sieht die aktuell für Frauen und Bildung zuständige Regierungsvertreterin der SPÖ, Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, es zwar „ebenfalls als dringend geboten an, ein gleiches Niveau des Diskriminierungsschutzes zu schaffen. Dass die Novelle dazu bisher am Widerstand der Österreichischen Bischofskonferenz scheitere, sei sehr bedauerlich“ (Republik Österreich 2012). Dies ist eine Anspielung auf das Scheitern zur Integration gesetzlicher Schutzbestimmungen, u.a. auch für sexuelle Orientierung, in der letzten Gesetzesentwurfsbegutachtung vom Herbst 2012, welche zu einer Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes – dem sogenannten Levelling-up bestehender gesetzlicher Bestimmungen – führen hätte sollen und es jedoch nach einer nachträglich abschlägigen Beurteilung und Rückmeldung durch die Konferenz der österreichischen katholischen Bischöfe nicht einmal bis zur Behandlung durch die Regierungsparteien in den Ministerrat schaffte (vgl. Krickler 2012, S. 14). Die linksliberale österreichische Tageszeitung „Der Standard“ berichtet dazu, dass sich die aktuellen Widerstände gegen die rechtliche Gleichstellung und den Schutz von Homosexuellen derzeit in Form eines Regierungspartners, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), auch auf gesetzgeberischer Ebene in Österreich wiederfinden (vgl. Der Standard 2012). Dem gegenüber existiert allerdings eine breite Mehrheit verschiedener (politischer) Institutionen und Organisationen (z.B. die Gleichbehandlungssowie die Volksanwaltschaft, die Sozialpartner_innen, die evangelische Kirche etc.), die dem Levelling-up in Österreich zustimmend gegenüberstehen (vgl. Almer/Frey 2014, S. 209). Insgesamt diagnostizieren Daniela Almer und Volker Frey vom Klagsverband⁹¹ für die Situation in Österreich, „dass es hierzulande an einem eindeutigen politischen Commitment zu einem umfassenden Diskriminie-

91 Der Klagsverband ist eine österreichische Dachorganisationen verschiedener Einrichtungen und hat die Bekämpfung von Diskriminierung sowie die Herstellung von (rechtlicher) Gleichberechtigung zum Ziel (vgl. Ludwig 2014, S. 218). Weiterführende Informationen dazu finden sich unter www.klagsverband.at.

runingsschutz fehlt“ (ebd., S. 213), und halten gleichzeitig fest, dass „zwischen den Diskriminierungsgründen zu unterscheiden [...] in massivem Widerspruch zum Gleichheitspostulat“ (ebd., S. 214) steht. Dessen ungeachtet ist das Resultat bisheriger Gesetzgebungsprozesse jedoch insgesamt, dass nach wie vor weder auf europäischer noch auf österreichischer Ebene ein allgemeingültiges Antidiskriminierungsgesetz hinsichtlich sexueller Orientierung existiert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die zivilrechtliche Gleichstellung homosexueller Menschen in Österreich noch in weiter Ferne befindet. Insofern sind die demokratischen Rechtsstrukturen in einer westlichen Gesellschaft wie der österreichischen nach wie vor heteronormativ verfasst und privilegieren systematisch heterosexuelle Lebenskonzepte gegenüber denen von Homosexuellen und Transgender (vgl. Hänsch 2003, S. 48 f.). Recht wird also dazu genutzt, um die Lebensmöglichkeiten von Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten (marginalisierten) Gruppe einzuschränken (vgl. Holzleithner 2014, S. 104). Anhand der gezeigten Rechtsbeispiele bzw. -bereiche wurde jedoch deutlich, dass gleichstellungsrechtliche Fragen aktuell zumindest auf politischer wie auch sozialer Ebene diskutiert und teilweise auf judikativem Wege erstritten werden. Das bedeutet, dass einerseits die gleichstellungspolitischen Anliegen homosexueller Menschen gesellschaftlich und medial thematisiert und damit die bestehenden Diskriminierungen auch einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen geführt werden. Andererseits legt es auch nahe, dass auf Basis der Entwicklung des letzten Jahrzehnts in den nächsten Jahren mit – zwar zum Teil mühsam gerichtlich erstrittenen⁹² und/oder politisch erkämpften – weiteren gleichstellungspolitischen Errungenschaften zu rechnen sein wird. Durch „emanzipatorische Rechtsdiskurse“ dieser Art werden somit „ganz spezifische Einschränkungen der Autonomie aufgehoben und Handlungsspielräume erweitert“ (ebd., S. 104 f.) werden. Hinsichtlich des Heteronormativitätsgrades der österreichischen Gesellschaft, deren mangelhaften Unrechtsbewusstseins sowie des bestehenden Engagements für gesellschaftspolitische Gleichstellung kann insofern jedoch aktuell kein besonders positives Resümee gezogen werden. Oder wie es Werner T. Bauer von der Österreichischen Gesellschaft für Politik-

92 Die Wiener Rechtsphilosophin und Legal-Gender-Expertin Elisabeth Holzleithner verweist in diesem Zusammenhang erneut auf den Leiter des Rechtskomitee Lambda, Rechtsanwalt Helmut Graupner, und seine in vielen Fällen erfolgreiche Klagsserie sowohl an österreichischen Höchstgerichten wie auch am EGMR oder EuGH (vgl. Holzleithner 2014, S. 106). Zu den Erfolgen des Rechtskomitee Lambda siehe RKLambda (o.J. b). Details zum Rechtskomitee Lambda finden sich im Kapitel „Zur Geschichte der Lesben- und Schwulenbewegung in Wien“ (Kap. 3.3.2) in der vorliegenden Arbeit.

beratung und Politikentwicklung hinsichtlich europäischer Standards und der Situation in Österreich feststellt:

„Der Umgang mit Homosexuellen und deren rechtliche Stellung stellen [...] einen wichtigen Indikator für die gesellschaftliche Verfasstheit eines Landes dar. *Österreich* nimmt in diesem Zusammenhang innerhalb der Europäischen Union – und innerhalb Europas insgesamt! – keinen Spitzenplatz ein. Im Gegenteil.“

(Bauer 2009, S. 3; Hervorhebung im Original)

Die rechtlichen Rahmenbedingungen – wie am Beispiel des Straf- und Zivilrechts gezeigt – werden grundlegend durch die heteronormative Konstitution einer Gesellschaft geprägt bzw. drücken die gültigen Kodifizierungen die Wertvorstellungen der hegemonialen Schicht aus. Einzelne Maßnahmen zur (rechtlichen) Gleichstellung homosexueller Menschen müssen insofern als Legitimationsbausteine des bestehenden hegemonialen Systems gesehen werden. Die grundlegende heteronormative Konstitution der Gesellschaft wird durch Kritikpunkte hinsichtlich einzelner Elemente und die Adaption des Systems in diesen Einzelbereichen nicht in Frage gestellt, sondern vielmehr weiter perpetuiert. Die heteronormative gesellschaftliche Grundverfasstheit bleibt damit bestehen. Inwiefern diese vielschichtig perpetuierte Heteronormativität Auswirkungen auf die Konstruktion des eigenen Seins, des Selbst-Bewusstseins, der individuellen Handlungen bzw. Handlungsoptionen homosexueller Menschen an sich haben (kann), wird anhand der Theorie des „Stigmas“ von Erving Goffman (1967) im nächsten Abschnitt gezeigt und ausgeführt.

2.5 Das Stigma Homosexualität

Der nordamerikanische Soziologe Erving Goffman – der sich in den 1970er Jahren verstärkt mit der Kategorie Geschlecht als gesellschaftlichem Organisationsprinzip beschäftigte⁹³ – publizierte bereits im Jahr 1963 sein Werk „Stigma. Notes on the management of spoiled identity“⁹⁴ und damit seine Theorie der sozialen Stigmata. Darin beschreibt er die individuelle Situation von Personen mit einem Stigma und ihr spezifisches soziales Handlungspotential in der Gesell-

93 Siehe dazu beispielsweise Goffman, Erving (1979): *Gender advertisements*. New York bzw. auf Deutsch erschienen unter Goffman, Erving (1981): *Geschlecht und Werbung*. Frankfurt am Main, oder das auf Deutsch erstmals 1994 im Campus-Verlag erschienene Werk Goffmans „Interaktion und Geschlecht“.

94 Deutsche Erstausgabe 1967 unter dem Titel „Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität“.

schaft. Homosexualität stellt gemäß Goffman (vgl. Goffman 1967, S. 13) ein Stigma in der Gesellschaft dar. Homosexuelle erleben bestimmte Einschränkungen bzw. sehen sich mit diesen konfrontiert, wie auch ihr individuelles Leben und ihr Handeln aufgrund dieses Stigmas geprägt sind. Weil die spezifischen Lebenslagen frauenliebender Frauen in dieser Arbeit in den Fokus genommen bzw. interviewt werden, gilt es auf theoretischer Ebene auf die individuellen Auswirkungen einer heteronormativen Gesellschaft und die dadurch bedingten bzw. beeinflussten Handlungsspielräume, potentiellen Ambivalenzen und Spannungsfelder einzelner von der Begehrensnorm abweichender Subjekte einzugehen. Im Folgenden werden daher Goffmans theoretische Ausführungen zum Stigma Homosexualität und die daran anschließenden Implikationen erörtert.

2.5.1 Stigma, Stigmatisierte, Stigmatisierbare und Normale

Goffmans Verständnis von „Stigma“ ist eine Kombination, welche sich aus einer individuellen Eigenschaft und gesellschaftlicher Stereotypisierung zusammensetzt (vgl. Goffman 1967, S. 12). Nicht eine Eigenschaft an sich führt zur Stigmatisierung, sondern nur die Verknüpfung mit sozialen Klischees und Vorurteilen. Insofern geht er davon aus, dass Menschen mit einem Stigma gesellschaftlich abgewertet und diskreditiert werden:

„Von der Definition her glauben wir natürlich, dass eine Person mit einem Stigma nicht ganz menschlich ist. Unter dieser Voraussetzung üben wir eine Vielzahl von Diskriminationen aus, durch die wir ihre Lebenschancen wirksam, wenn auch oft gedankenlos, reduzieren. Wir konstruieren eine Stigma-Theorie, eine Ideologie, die ihre Inferiorität erklären und die Gefährdung durch den Stigmatisierten nachweisen soll. [...] Wir tendieren dazu, eine lange Kette von Unvollkommenheiten auf der Basis der ursprünglich einen zu unterstellen.“

(Goffman 1967, S. 13 f.)

Goffman spricht damit die Konnotation bestimmter Eigenschaften mit abwerten und abgewerteten Zuschreibungen sowie die oft unbewusst getätigten Diskriminierungen an, welche ein Stigma nach sich zieht bzw. ziehen kann. Ebenso thematisiert er das zugrunde liegende Verständnis der angenommenen 'Natürlichkeit' – der gewissermaßen biologisch geschaffenen und determinierten sozialen Zu- und Einordnung – und den sozial konstruierten Charakter dieser theoretischen Basis alltäglichen Handelns. Die angesprochene Gefährdung und die folgende Dämonisierung finden sich in Bezug auf Homosexualität, wie weiter oben ausgeführt, beispielhaft in der staatlichen Kodifizierung von homosexuellen Handlungen als Straftaten wieder.

Doch welche Folgen hat ein Stigma in und für unsere Gesellschaft? Wie beeinflussen Stigmata die sozialen Wirklichkeiten? Gemäß Goffman zieht die Konstruktion von Stigmata eine Strukturierung und Unterteilung der Gesellschaft nach sich:

„Ein Individuum, das leicht in gewöhnlichen sozialen Verkehr hätte aufgenommen werden können, besitzt ein Merkmal, das sich der Aufmerksamkeit aufdrängen und bewirken kann, daß wir uns bei der Begegnung mit diesem Individuum von ihm abwenden, wodurch der Anspruch, den seine anderen Eigenschaften an uns stellen, gebrochen wird. Es hat ein Stigma, das heißt, es ist in unerwünschter Weise anders, als wir es antizipiert hatten. Uns und diejenigen, die von den jeweils in Frage stehenden Erwartungen nicht negativ abweichen, werde ich die *Normalen* nennen.“

(Goffman 1967, S. 13; Hervorhebung im Original)

Insofern werden Individuen aufgrund von sozialen Erwartungen bewertet, Zuschreibungen werden gemacht und bestimmen das individuelle Handeln. Das bedeutet, dass zwischenmenschlichen Interaktionen bereits Vorurteile und Antizipationen vorangehen bzw. diese menschlichen Beziehungen und Kommunikationsvorgänge noch vor Beginn tiefgehend beeinflussen. Diese Vorwegnahme von beispielsweise Aussehen, Handlungsweisen, Sprachformen, körperlichen Umgangsformen oder Beschaffenheiten, Vorwissen, Vorleben oder auch Meinungen führt zu unerwarteten Irritationen bei Nichterfüllung der Erwartungen durch Personen. Die heteronormative Verfasstheit unserer Gesellschaft führt dazu, dass heterosexuelles Begehren als Vorannahme in zwischenmenschliche Interaktionen hineingetragen wird und Irritationen durch Infragestellungen dieser Begehrensnorm ausgelöst werden. Infolgedessen können die solcherart irritierenden Personen gemäß Goffman'scher Theorie nicht zu den 'Normalen' der Gesellschaft zählen, da sie negativ von der antizipierten Begehrensnorm abweichen.

Den Erkenntnisprozess einer irritierenden Person – sprich: einer Person mit einem Stigma – über ihre Stigmatisierung beschreibt Goffman als einen Lernprozess, welchen sie durchläuft:

„Ihr Erlernen des normalen Standpunkts und ihre Erfahrung, daß sie, an ihm gemessen, disqualifiziert ist. Vermutlich besteht eine nächste Phase darin, daß sie lernt, der Weise gewachsen zu sein, auf die andere die Art Person, als die sie sich erweisen kann, behandeln. Eine noch spätere Phase ist [...] die des Erlernens von Täuschen. Wo eine Andersartigkeit relativ unauffällig ist, muß das Individuum lernen, daß es sich in der Tat auf Geheimhaltung verlassen kann.“

(Goffman 1967, S. 103)

Das bedeutet, dass Personen mit einem Stigma in ihren gesellschaftlichen Interaktionsprozessen aufgrund ihres Stigmas eine Reihe von sozialen Erkenntnissen gewinnen. Dazu zählt der Erfahrungsprozess, dass sie eine oder mehrere Eigenschaften an sich haben oder tragen, welche in (bestimmten ihrer) sozialen Interaktionsräume(n) als gesellschaftliche Stigmata definiert werden. Diese irritierenden Personen lernen des Weiteren, dass die Gesellschaft entlang dieser konstruierten Stigmata in verschiedene Gruppen geteilt wird, welche hierarchisch zueinander angeordnet sind und dass sie aufgrund der Definition einer oder mehrerer ihrer Eigenschaften als Stigmata einer sozial schwächeren, inferioren Gruppierung in dieser Gesellschaft zugeordnet werden. Darüber hinaus erlernen sie, dass es verschiedene Strategien im sozialen Umgang mit dem eigenen Stigma gibt.

Goffman unterscheidet vor allem hinsichtlich der Bewältigungstechniken sozial irritierender Individuen einerseits die Gruppe derjenigen, welche aufgrund einer sichtbaren Auffälligkeit stigmatisiert werden – er nennt sie die „Diskreditierten“ –, und andererseits die Gruppe derjenigen, die einen Makel tragen, welcher bei Bekanntwerden zu einer Stigmatisierung führen kann; diese nennt er die „Diskreditierbaren“ (vgl. Goffman 1967, S. 56 f.). Das Unterscheidungsmerkmal zwischen diesen beiden Gruppen stellt die Sichtbarkeit bzw. Bekanntheit des Stigmas dar: Ist es ein deutlich sichtbares bzw. bekanntes Stigma, gehört die irritierende Person der Gruppe der Diskreditierten an; ist das Stigma nicht sichtbar bzw. unbekannt, gilt die Person als potentiell irritierend und gehört damit der Gruppe der Stigmatisierbaren an. Goffman geht davon aus, dass die Zugehörigkeit zu einer dieser beiden Gruppen unterschiedliche Anforderungen an die (potentiell) irritierende Person nach sich zieht: „Zwischen der Situation des Diskreditierten, der Spannung zu managen hat, und der Situation des Diskreditierbaren, der Informationen zu managen hat, ist ein strenger Unterschied gemacht worden“ (ebd., S. 128). Daraus folgt, dass stigmatisierte Personen lernen müssen, mit der in sozialen Interaktionen existierenden – aus dem Irritation auslösenden Stigma resultierenden – Spannung umzugehen. Für stigmatisierbare Personen hingegen gilt es eine Palette an Umgangsmöglichkeiten mit den Informationen hinsichtlich ihrer Person und ihrem – bei Bekanntwerden potentiell irritierenden – Stigma zu erlernen und diese gezielt einzusetzen. Homosexualität – gemäß Goffmans Theorie ein nicht unmittelbar sichtbares Stigma – und homosexuelle Lebensweisen führen zur gesellschaftlichen Zuteilung zur Gruppe der Stigmatisierbaren. Welche Bandbreite an Strategien Stigmatisierbaren und damit potentiell irritierenden Personen in zwischenmenschlichen Interaktionen zur Verfügung stehen, soll im Folgenden behandelt werden.

2.5.2 Strategien von Stigmatisierbaren

Menschen mit einem nichtsichtbaren Stigma – wie beispielsweise Homosexualität – nennt Goffman diskreditierbar. Das bedeutet: Ihnen ist ihr Stigma nicht ansehbar und infolgedessen sind sie anhaltend mit der Frage nach ihrem Outing bzw. dem Outing ihres Stigmas beschäftigt. Die permanent begleitenden Fragen homosexueller Diskreditierbarer lauten insofern: „Eröffnen oder nicht eröffnen; sagen oder nicht sagen; rauslassen oder nicht rauslassen; lügen oder nicht lügen; und in jedem Fall, wem, wie, wann oder wo“ (Goffman 1967, S. 56). Oder etwas elaborierter ausgedrückt: Das „generelle Problem, das Management nicht offenkundiger diskreditierender Informationen über sich selbst“ (ebd., S. 57). Um nicht diskreditiert zu werden bedarf es eines permanenten Informationsmanagements nicht-heteronormativ-begehrender Personen betreffend ihr Leben, ihre Handlungen, ihre sozialen Interaktionspartner_innen, ihre Wünsche und Bedürfnisse, ihre Wohnformen und Lebensumstände etc. Goffman unterscheidet verschiedene Strategien des Umgangs von Menschen mit einem diskreditierbaren Stigma und dem Wissen darum und darüber. Insofern sind diskreditierbare Individuen gezwungen, die Kunst des „Täuschens“ (ebd.) in ihr soziales Handlungsrepertoire aufzunehmen, damit sie und ihr unsichtbares Stigma nicht ungewollt erkannt, benannt und geoutet werden. Für Erving Goffman stellt das „Täuschen“ eine Form der Informationskontrolle dar, nach der es unterschiedliche Ausführungsarten gibt, die es im Weiteren zu unterscheiden gilt.

2.5.2.1 Techniken der Informationskontrolle

Der Umgang mit Informationen zum eigenen Stigma ist für diskreditierbare Individuen ein alltäglicher Balanceakt. Zu diesen von Goffman ausgearbeiteten sogenannten „Techniken der Informationskontrolle“ (Goffman 1967, S. 116) zählen (vgl. ebd., S. 116-128):

- (1) der Versuch, das Stigma zu verstecken, zu ‘korrigieren’;
- (2) Versuche, die Auswirkungen des eigenen Stigmas auf ein anderes, geringeres Stigma umzudeuten;
- (3) Versuche, sich Verbündete im Kampf um das Verbergen zu suchen;
- (4) die Möglichkeit, eine selbstbestimmte Enthüllung zu vollziehen.

Umsetzungsformen für diese vier Strategien des Informationsmanagements im Handeln und Interagieren gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen können z.B. sein, als nicht offen lesbische Frau bei wichtigen sozialen Ereignissen mit einem

männlichen Begleiter zu erscheinen und damit zu versuchen, die eigene lesbische Orientierung durch den potentiellen Freund, Ehemann oder Geliebten an der Seite zu verstecken oder Verdachtsmomente bezüglich eines Abweichens von der heterosexuellen Norm dadurch gar nicht erst aufkommen zu lassen (1). Als nicht offen gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frau beständig kundzutun, dass es keine attraktiven, ansprechenden und beziehungsfähigen Single-Männer gibt, um nicht als Lesbe, sondern 'nur' als alleinstehende Frau wahrgenommen zu werden, wäre dahingegen der Versuch einer Umdeutung des eigenen Stigmas von der lesbischen Frau auf das geringere soziale Attribut einer alleinstehenden Single-Frau (2). Als versteckt lebende Lesbe stellen berufliche Situationen immer wieder unvorhergesehene Risiken des ungewollten Outings dar, denn sexuelle Orientierungen werden im Arbeitskontext und am Arbeitsplatz immer wieder thematisiert – wenn von den Thematisierenden zumeist auch unbewusst. Beispiele dafür wären Fotos der Familie auf dem Schreibtisch oder auch Erzählungen vom Rafting-Ausflug mit dem Ehemann am vergangenen Wochenende. Diese Situationen sind für versteckt lebende lesbische Frauen immer spannungsvoll, da es gilt, genug private Informationen kundzutun, um im beruflichen Kollektiv nicht aufzufallen, und gleichzeitig nicht zu viel Informationen preiszugeben, um nicht Fragen bezüglich der eigenen sexuellen Orientierung aufkommen zu lassen. In solchen Fällen bietet die dritte Goffman'sche Strategie eine Möglichkeit der Spannungsbalance: Wissende Kompliz_innen können im Versuch des Verbergens unterstützen. So kann im Erwerbsarbeitsalltag eine Arbeitskollegin, die von der Homosexualität ihrer Kollegin weiß, in kollegialen Gesprächsrunden rund um private Wochenendaktivitäten thematische Ablenkung verschaffen (3). Wendet hingegen eine lesbische Frau die Strategie des selbstbestimmten Outings an, so kann dies auf vielfältige Art und Weise geschehen – angefangen von der Nutzung konnotierter Symbole wie der Doppelaxt als Anhänger an einer Halskette oder einem Regenbogen-Sticker am Auto über situative Outings mittels bestimmter Handbewegung oder auch der kontrollierten Informationsweitergabe in kommunikativen Settings wie dem Einfließen-Lassen von diskreditierenden Informationen über sich selbst in Gespräche (4).

Wie an der Strategie zur Nutzung von Verbündeten im Kampf um das Verbergen sichtbar ist, können Menschen verschiedene Rollen und Funktionen hinsichtlich des Umgangs von Diskreditierbaren mit ihrem Stigma sowie dessen Management einnehmen. Im nächsten Abschnitt wird näher auf Diskreditierbare unterstützende und gefährdende Aspekte durch bestimmte Funktionen, Rollen und Attribute von Menschen eingegangen.

2.5.2.2 Interaktionen als Gefahrenpotential

Wie an der Informationskontrollstrategie zur Nutzung Verbündeter gezeigt wurde, können 'normale' Menschen eine Unterstützung für stigmatisierbare Personen in ihrem Kampf um Kontrolle hinsichtlich stigmatisierender Informationen sein. Soziale Interaktionen an sich stellen jedoch für stigmatisierbare Individuen grundsätzlich ein Spannungsfeld dar, da es für sie einerseits das Informationsmanagement auszubalancieren gilt und andererseits solche sozialen Interaktionsmomente immer das Gefahrenpotential der Enttarnung enthalten. Denn in sozialen Interaktionen sind Stigmatisierbare oft gezwungen, Informationen über sich preiszugeben, und gleichzeitig steigt mit der Intensität der Nähe auch die Gefahr, dass das Stigma erkannt und offenbar gemacht wird. Zum einen „zwingt [...] jede Verbindung die Bezugsperson, eine angemessene Menge an intimen Fakten über sich auszutauschen, zum Beweis von Vertrauen und gegenseitiger Verpflichtung“ (Goffman 1967, S. 111). Die Komplexität des Informationsmanagements steigt damit innerhalb jeder einzelnen Beziehung aufgrund der zunehmenden Informationsmenge, die die stigmatisierbare Person zu managen hat. Zum anderen steigt der Schwierigkeitsgrad sozialer Interaktionen und zwischenmenschlicher Nähe aufgrund der Menge an Informationen, die Kontaktpersonen erhalten. Denn „je mehr Zeit das Individuum mit einem anderen verbringt, desto größer die Chance, daß der andere diskreditierende Informationen über es erwirbt“ (ebd., S. 110 f.).

Insofern birgt der Kontakt zu – nicht mit diesem oder auch gerade mit diesem Stigma besetzten – anderen Personen immer auch die Gefahr des ungewollten Outings; demgemäß ist soziale Interaktion für stigmatisierbare Menschen latent gefährlich. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Einschränkung sozialer Kontakte und gesellschaftlicher Teilhabe eine Form der Gefahrenreduktion darstellt. Goffman zeichnet diese Strategie folgendermaßen nach:

„Man muß damit rechnen, daß Täuscher die freiwillige Aufrechterhaltung verschiedener Distanzarten strategisch anwenden [...]. Das Individuum kann durch Verweigern oder Vermeiden von Intimitätsannäherungen der konsequenten Verpflichtung entgehen, Informationen auszuplaudern. Dadurch, daß es Verhältnisse distant hält, sorgt es dafür, daß keine Zeit mit dem anderen verbracht werden muß, denn wie schon konstatiert wurde, ist die Chance von unvorhergesehenen Zwischenfällen, die Geheimnisse enthüllen, desto größer, je mehr Zeit miteinander verbracht wird.“

(Goffman 1967, S. 125)

Zwischenmenschliche Nähe fördert somit die Gefahr des Outings stigmatisierbarer Personen und die zeitliche Reduktion von Interaktionen dezimiert bestehendes Gefahrenpotential. Eine Auswirkung dessen, stigmatisierbares und damit

täuschendes Subjekt zu sein, ist daher die Vermeidung (bestimmter) sozialer Situationen. Denn jede Interaktion birgt die grundlegende Gefahr der Enttarnung und ist somit potentiell gefährlich. Die Notwendigkeit der Einschränkung der Enttarnungsgefahr ist evident und erfolgt durch Vermeidung – sprich: indem sozialen Begegnungen aus dem Weg gegangen wird oder diese reduziert werden. Als Konsequenzen einer solchen Distanzierung und Kontaktvermeidung können Einsamkeit und soziale Isolation resultieren. Der Rückzug nicht-heterosexueller Personen aus heteronormativ geprägten (öffentlichen) Räumen und Interaktionssituationen kann als Teil einer solchen Vermeidungsstrategie von Spannungsverhältnissen und Gefahrensituationen identifiziert werden.

Unterschiedliche Personengruppen implizieren differente Formen der Komplexität des Stigma-Managements und damit Unterschiede hinsichtlich des Gefahrenpotentials. Die Beziehungen zu Bezugspersonen aus Prä-Stigma-Zeiten beispielsweise können als ambivalent erlebt werden: Denn entweder weiß die Person um das Stigma und stellt somit immer auch eine Gefahr dar, oder sie weiß nicht darum und die Beziehung leidet daher unter der notwendigen Menge an Wissen übereinander. „Enge Verbindungen, die das Individuum, schon bevor es etwas zu verbergen hatte, eingegangen war, werden deshalb kompromittiert, da sie automatisch geteilter Informationen ermangeln“ (Goffman 1967, S. 111). Auch neue Beziehungen können zwiespältig erlebt werden, da laut Goffman schnell das Maß erreicht sein wird, in dem die eigenen Lügen sich selbst gegenüber legitimiert werden können. „Neugebildete oder Post-Stigma-Verbindungen führen die diskreditierbare Person sehr wahrscheinlich über den Punkt hinaus, bis zu dem das Vorenthalten von Fakten ihrem Empfinden nach richtig gewesen ist“ (ebd.). Small Talk beinhaltet desgleichen Enttarnungspotential, da gerade in scheinbar unverfänglichen Situationen für Stigmatisierbare brisante Fragen oder Themen auf dem Kommunikationstablett aufscheinen können: „In manchen Fällen können sogar sehr flüchtige Verbindungen eine Gefahr darstellen, da ja die leichte Plauderei, wie sie zwischen Fremden angebracht ist, die eine Unterhaltung angeknüpft haben, geheime Fehler berühren kann“ (ebd.).

Grundsätzlich kann an dieser Stelle bereits konstatiert werden, dass die Notwendigkeit des Täuschens und der Informationskontrolle profunde Konsequenzen auf die sozialen Interaktionen stigmatisierbarer Personen hat. Soziale Situationen an sich werden aufgrund des Stigma-Managements als aufgeladen mit Gefahrenpotential und Anspannung erlebt. Inwiefern sich Kontakte mit Personen auswirken, die das gleiche Stigma tragen, wird im nächsten Abschnitt verdeutlicht.

2.5.2.3 Die Ambivalenz des Kontaktes unter Stigmatisierbaren

Goffman streicht die mehrfache Funktionsweise stigma-teilender Personen hervor, denn „interessanterweise können diejenigen, die ein bestimmtes Stigma teilen, sich oft auf gegenseitige Hilfe beim Täuschen verlassen, was wieder veranschaulicht, daß diejenigen, die am bedrohlichsten sein können, oft diejenigen sind, die am meisten Hilfe leisten können“ (Goffman 1967, S. 123). Das bedeutet: Einerseits kennen gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frauen selbst die besten Strategien zur Täuschung und haben die meiste Erfahrung darin, weshalb sie für andere Lesben hervorragende Unterstützerinnen im Täuschungskampf sein können. Andererseits birgt der Kontakt mit anderen lesbischen Frauen in einer Gruppe ein großes Diskreditierungspotential, da bei der ‘Ent-Täuschung’ einer der Frauen die Gefahr für die anderen lesbischen Frauen sehr hoch ist, ebenfalls durch das offenbarte Stigma diskreditiert zu werden. Der Kontakt mit Personen, die das gleiche Stigma tragen wie eine diskreditierbare Person, kann damit als ambivalent hinsichtlich der Sicherheit der Informationskontrolle bezeichnet werden.

Als eine weitere Funktionsweise stigma-teilender Personen benennt Goffman die Kompetenz der unerkannten Kommunikationsfähigkeit, welche beispielsweise Homosexuellen die Kommunikation untereinander auch in Anwesenheit von ‘Normalen’ ermöglicht. Als Beispiel bringt Goffman folgenden Kongressbeitrag:

„Wenn wir in einer ‘schwulen’ Bar sehr sorgsam achtgeben und wissen, auf was wir achthaben müssen, werden wir gewahr, daß einige Individuen offenbar miteinander kommunizieren, ohne Worte auszutauschen, sondern einfach durch das Austauschen von Blicken – aber nicht die Art eines schnellen flüchtigen Blicks, der gewöhnlich unter Männern vorkommt.“

(E. Hook 1961, S. 8, zit. n. Goffman 1967, S. 123 f.)

Diese Möglichkeit der Kommunikation Stigmatisierbarer untereinander in der Öffentlichkeit und in Anwesenheit ‘Normaler’ ist jedoch wiederum als zwiespältig zu betonen, da einerseits die Erfahrung gemacht wird, mit dem eigenen Stigma nicht allein zu sein, sondern potentiell ein Gemeinschaftsgefühl erlebbar zu machen, und andererseits birgt und erhöht jedoch diese spezielle Kommunikationsform erneut die Gefahr der Sichtbarwerdung als Stigmatisierte_r.

Die Zusammenkunft mit anderen Menschen, die das eigene Stigma teilen, birgt immer das Potential, enttarnt zu werden. Goffman nennt es daher eine „Ambivalenz [...], die das Individuum spüren mag, wenn es mit seinesgleichen konfrontiert ist“ (Goffman 1967, S. 110). Ein weiteres Gefahrenpotential besteht etwa durch die Verschiedenartigkeit der Strategienutzung im Zuge der Informa-

tionskontrolle. Je nachdem, welche Strategie die eine und die andere diskreditierbare Person in ihrer Stigmabewältigung gerade verwenden, kann es zur Kollision unterschiedlicher Strategien und damit zu Irritationen und Sichtbarwerdungen von Stigmata kommen. Goffman bringt dazu das Beispiel eines jungen Mannes, der mit seiner aktuellen Freundin auf der Straße spaziert und von einem ehemaligen (schwulen) Sexualpartner pfeifend begrüßt wird. Auf diese – von dem jungen Mann ungewollte – Kontaktaufnahme reagiert ebendieser in Form von physischer Gewalt: Er sucht den vormaligen Sexualpartner auf, um ihn zu verprügeln (vgl. ebd., S. 125). Dieses Beispiel verdeutlicht, dass eine offenere Informationskontrolle im Sinn der oben genannten Strategie (4) (dem selbstbestimmten Outing) im Zusammenprall mit Strategievariante (1) (dem Korrigieren oder Verstecken eines Stigmas) zu vielschichtigen Konflikten und Irritationen führen kann. Dieser Aspekt der unterschiedlichen Nutzung und des Einsatzes des Informationsmanagements bestimmt die Komplexität des Zusammentreffens mit stigma-teilenden Personen wie beispielsweise anderen Homosexuellen.

Über diese auf (gegenseitigem) Erkennen unter stigma-teilenden Individuen bedingten ambivalenten Zusammentreffen hinaus kann zusätzlich noch die Problematik des (gegenseitigen) Nicht-Erkennens angeführt werden. Eine äußerst restriktive Version der Informationskontrollstrategie 'Verstecken', das bereits erläuterte diskursiv erzeugte Element der 'Unsichtbarkeit' und/oder ein (eventuell) geringes Wissen hinsichtlich spezifischer Kommunikationsmuster und Erkennungsmerkmale unter Stigma-Teilenden, kann ein Nicht-Erkennen nach sich ziehen. Die Auswirkungen eines solchen Nicht-Erkennens können bis hin zur Vereinsamung als stigmatisierbares Subjekt gehen.

Die Komplexität des Zusammentreffens stigma-teilender Individuen wird des Weiteren auch noch durch den jeweiligen Ort des Zusammentreffens der zuvor beschriebenen Strategien erhöht. Würde das oben genannten Beispiel der beiden jungen Männer von Goffman im Rahmen der Erwerbsarbeit stattfinden, könnten die Konsequenzen bis hin zum Arbeitsplatzverlust eines oder beider Beteiligten gehen. Insofern können die Strategienkonfrontationen je nach Ort des Aufeinandertreffens unterschiedliche Konsequenzen nach sich ziehen. Die Frage der räumlichen Verortung, Umgebung und Aufteilung der Welt spielt daher für Stigmatisierbare eine wesentliche Rolle, wie im Folgenden deutlich wird.

2.5.2.4 Die Aufteilung der räumlichen Welt

Die Frage, welche Orte für Stigmatisierbare betret- oder benutzbar sind bzw. welche Räume großes oder geringes Gefahrenpotential beinhalten, stellt sich

permanent. Goffman definiert drei mögliche Bereiche (vgl. Goffman 1967, S. 104):

- (1) Orte, die verboten oder außerhalb der erlaubten Grenzen sind;
- (2) bürgerliche Orte, an denen eine Scheinintegration stattfindet;
- (3) abgesonderte Orte, an denen sich mehrere Personen mit dem gleichen Stigma zusammenfinden.

Für gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frauen würden zu verbotenen oder Außengrenzen überschreitenden Orten beispielsweise Kirchen- und Glaubensgemeinschaften zählen, die Homosexualität explizit als etwas Abartiges, Sündhaftes und Verbotenes charakterisieren. Als bürgerlicher Ort könnten beispielsweise Feierlichkeiten zur goldenen Hochzeit von Gemeindemitgliedern in einem kleinen Ort angesehen werden, bei denen sich ein seit 50 Jahren zusammenlebendes lesbisches Paar ebenfalls zu den Gefeierten gesellt und als legitimer Teil dieser zu gerieren sucht. Als 'abgesonderter Ort' kann zum Beispiel ein Lokal bezeichnet werden, welches in homosexuellen Kreisen den Ruf genießt, Treffpunkt für Gleichgesinnte⁹⁵ zu sein.

Vor allem der Letztere der drei Bereiche kann von Stigmatisierbaren als sehr zwiespältig erlebt werden, da einerseits durch die geringere Notwendigkeit zu täuschen eine große Erleichterung gegeben sein kann und andererseits die Gefahr der Enttarnung durch Anwesende oder durch den stigmatisierbaren Personen persönlich bekannte eintretende Nicht-Stigmatisierbare besonders groß ist. Die eigene Anwesenheit von Stigmatisierbaren gegenüber Nicht-Stigmatisierbaren an solch einem 'abgesonderten Ort' glaubhaft zu legitimieren, könnte sich als außerordentlich heikel erweisen.

Der Aspekt der persönlichen Bekanntheit kann neben der bereits erwähnten Einteilung nach Orten durch und für Stigmatisierbare als zweites Definitionscharakteristikum bezugnehmend auf die Betretbarkeit und das Gefahrenpotential sozialer Zusammenkünfte für Stigmatisierbare festgehalten werden. Grundsätzlich kann dabei eine Einteilung in zwei Orte getroffen werden (vgl. Goffman 1967, S. 106): Orte, an denen die große Möglichkeit besteht, dass die stigmatisierbare Person persönliche Bekannte antreffen könnte, und Orte, an denen die Wahrscheinlichkeit, auf persönliche Bekannte zu treffen, äußerst gering ist. Der zweite Ort bietet den großen Vorteil eines anonymen Umgebungscharakters, wodurch beispielsweise einerseits die Notwendigkeit der Informationskontrolle

95 Unter dem Begriff 'Gleichgesinnte' werden in der vorliegenden Arbeit in Anlehnung an Goffmans Gruppe der stigma-teilenden Stigmatisierbaren gleichgeschlechtlich l(i)ebende Menschen verstanden.

geringer sein könnte und andererseits die Möglichkeit des Zusammentreffens mit stigma-teilenden Personen gefahrloser vonstatten gehen könnte.

Grundsätzlich gilt es hinsichtlich der Einteilung der räumlichen Welt für homosexuelle Menschen zusammenfassend festzuhalten:

„Für Schwule und Lesben bedeutet dies, daß sich im Laufe der Ausbildung der eigenen sexuellen Identität – je nach individueller Integration in eine dieser Subkulturen – das soziale Leben in getrennten Welten abspielt. Lesben und Schwule sind oft GrenzgängerInnen zwischen der dominanten Heterokultur und ihrer eigenen Subkultur, zwischen heterosexuell geprägten Räumen und schwulen und lesbischen Netzwerken.“

(Knoll/Edinger/Reisbeck 1997, S. 15)

Über diese geschlechterunspezifische Gemeinsamkeit der Erfahrung von Schwulen und Lesben als Grenzgänger_innen zwischen Welten hinaus kann jedoch eine geschlechterspezifische Raumnahme bzw. -erfahrung konstatiert werden: Aufgrund der sozial konstruierten – geschlechterbedingt konnotierten – Zuteilung der öffentlichen und der privaten Sphäre kommt es auch unter homosexuellen Menschen zu unterschiedlichen Erfahrungen und Bewegungsmöglichkeiten hinsichtlich privaten und öffentlichen Räumen entlang der Kategorie 'Geschlecht'. Insofern weist die Politologin Gudrun Hauer darauf hin, dass „üblicherweise lesbisches Gesellungsverhalten und somit soziale Kontakte zwischen lesbischen Frauen seltener als bei homosexuellen Männern in der Öffentlichkeit, in öffentlichen Räumen stattfinden, sondern tendenziell häufiger in privaten Räumen verbleiben“ (Hauer 2008, S. 30). Ein Faktum, das es vor allem hinsichtlich des Vereinsamungspotentials von gleichgeschlechtlich l(i)ebenden Frauen zu beachten gilt, da das geringere Auftreten lesbischer Frauen in öffentlichen Räumen auch das Kennenlernen neuer lesbischer Bekannter unabhängig von persönlich bekannten Lesben – sprich: privaten Sozialkontakten – erschwert.

Subsumierend ist festzuhalten, dass die Komplexität des Informations- und Raummanagements durch nicht-heteronormativ Begehrende enorm ist. Die psychischen Ressourcen, welche durch diesen Managementaufwand gebunden werden, können als erheblich bezeichnet werden. Diese Belastungen, welchen stigmatisierbare Menschen ausgesetzt sind, werden im nächsten Abschnitt beleuchtet.

2.5.2.5 Psychische Belastungen Stigmatisierbarer

Grundsätzlich kann herausgestrichen werden, dass Personen, welche ein stigmatisierendes Attribut wie beispielsweise nicht-heteronormatives Begehren besit-

zen, eine hohe psychische Belastung aushalten müssen. Goffman zählt drei mögliche Aspekte dieser Komplexität bzw. Belastung auf individueller psychologischer Ebene auf (vgl. Goffman 1967, S. 111 f.):

- (1) Das (Über-)Leben mit der fundamentalen Angst vor dem ungewollten potentiellen Zerfall des eigenen Lebenslügengebäudes zu jeder Zeit und an jedem Ort kann eine enorme psychische Belastung darstellen.
- (2) Die Zerrissenheit zwischen den Wünschen, der Gruppe der 'Normalen' und gleichzeitig auch der Gruppe des eigenen Stigmas anzugehören, kann ebenfalls eine psychische Belastung darstellen. Momente der Falschheit und Untreue gegenüber den eigenen Stigma-Teilenden anlässlich von verachtenden Bemerkungen von 'Normalen' – zu denen das zerrissene Individuum unablässig versucht zu gehören – können diese Zerrissenheit noch steigern.
- (3) Das anhaltende Bewusstsein über das eigene Leben als Spannungsfeld und die generelle Belastung in sozialen Interaktionsmomenten, welche eine spezielle permanente Wachsamkeit erfordern, die Anderen bzw. 'Normalen' vollkommen unbekannt ist, kann eine weitere psychische Belastung darstellen.

Die permanente Angst – wie in Punkt (1) angeführt – ist ein Resultat des Balanceaktes des Informationsmanagements. Die unablässige Frage nach dem Wann, Wieviel und Wem der Informationsweitergabe ist jedoch keine individuell abhängige, sondern oft von äußeren Faktoren beeinflusst. Beispielsweise gibt es Situationen, die eine gewisse Preisgabe von diskreditierenden Informationen notwendig machen können. Dazu zählen vor allem offizielle Kontakte mit Institutionen oder Behörden.

Eine weitere Komplexität entsteht für stigmatisierbare Personen dadurch, dass sie Informationen über sich und ihr Stigma nur bedingt beeinflussen können. Insofern können sie nie sicher sein, wem wie viel über sie und ihr Stigma bekannt ist (vgl. Goffman 1967, S. 108). Denn sobald sie Information preisgeben, gelangt diese in den von ihnen als Informationsgeber_innen unbeeinflussbaren sozialen Kommunikationsprozess und damit außerhalb ihrer Steuerungsmacht. Damit zieht Informationsweitergabe diskreditierbarer Inhalte auch einen unentwegten Unsicherheitsfaktor nach sich. Nicht erstaunlich ist auch der Umstand, dass ein Problem von 'Täuschen' und Geheimnissen in der Erpressbarkeit der Geheimniskrämer_innen – sprich: Stigmatisierbaren – besteht (vgl. ebd.). Insofern besitzen Geheimnisträger_innen, also Personen, welche von der Diskreditierbarkeit wissen, immer die Macht, ihr Wissen gegen Individuen, aber auch gegen Gruppen mit Stigma(ta) einzusetzen.

Zusätzlich steigt durch die Konstruktion eines nicht-stigmatisierbaren (Lebens-)Lügegebäudes permanent der Druck auf Stigmatisierbare, dieses Gebäude aufrechtzuerhalten, und die Notwendigkeit, dies mittels neu erfundener 'Bausteine' zu tun (vgl. Goffman 1967, S. 107).

Der Aspekt der Zerrissenheit – wie in Punkt (2) ausgeführt – in Kombination mit dem Leben in und zwischen mehreren Welten führt zu einer allgegenwärtigen Grenzerfahrung und zu einem Loyalitätskonflikt, darüber hinaus jedoch auch zu 'passiven' Diskriminierungserfahrungen und -erlebnissen. Denn stigmatisierbare Personen werden immer wieder in den 'Genuss' kommen, Zuschauer_innen von Behandlungen, Kommentaren oder Aussagen zur Gruppe der Personen zu werden, die ihr eigenes Stigma ebenfalls tragen. Sprich: Sie werden durch die täuschende Anwesenheit Zeug_innen ihrer eigenen Diskriminierung, ohne für die ungehemmt handelnden Diskriminierenden als Objekt dieser Diskriminierung sichtbar zu werden. Oder wie Goffman es nennt: „Außerdem hält sich der, der täuscht, offen für die Erfahrung, was andere 'wirklich' von Personen seiner Art denken“ (Goffman 1967, S. 108). Abwertende Witze unter Arbeitskolleg_innen am Arbeitsplatz über lesbische Frauen und ihre Sexualität stellen für nicht-geoutete lesbische Kolleginnen ein solches Erlebnis dar.

Ein weiterer Faktor, der Zerrissenheit fördern bzw. entstehen lassen kann, ist das Zusammentreffen mit 'wissenden' Personen. Zu diesem Personenkreis können einerseits Personen mit demselben Stigma zählen und andererseits Menschen, denen Tarnungsmechanismen zum Stigma der stigmatisierbaren Person gut bekannt sind. Situationen mit ebendiesen Personen können für stigmatisierbare Individuen äußerst brenzlich und potentiell gefährlich sein. Denn das Wissen dieser Anderen kann sie zu 'Wissenden' um das Geheimnis der stigmatisierbaren Person machen, da sie aufgrund ihres eigenen Stigmas oder des Wissens um die Täuschungsstrategien Rückschlüsse auf das täuschende Individuum und dessen Stigma ziehen können. Ein Dilemma für die stigmatisierbare Person resultiert: Denn einerseits können 'Wissende' die besten Verbündeten im Kampf um Täuschung darstellen und andererseits können gerade sie aufgrund ihres besonderen Wissens leicht zur Enttarnung beitragen. Öffentliche Nachfragen wie beispielsweise zu homosexuellen Treffpunkten oder kulturellen Szeneevents⁹⁶ können solcherart zu unerwünschter Enttarnung führen.

96 Der Begriff 'Szene' ist nicht einheitlich definierbar. Die Historikerin Kirsten Plötz stellt diesbezüglich fest (Plötz 2006, S. 167): „Es ist keineswegs einheitlich, was lesbisch lebende Frauen jeweils darunter fassen. In der Regel meint die 'Szene' Teile eines ausgesprochen breiten Spektrums von diversen kulturellen oder sportlichen Gruppen oder Zentren, von Tanzveranstaltungen und Discos, von Cafés und Lokalen bis hin zu Chaträumen oder Mailing-Listen im Internet. Dies muss keineswegs ausschließlich für lesbisch lebende Frauen gedacht sein.

Die Zerissenheit kann wie angeführt auch noch zusätzlich durch Erlebnisse der Falschheit und Untreue gegenüber den eigenen Stigma-Teilenden verschärft werden. Warfield benennt die Schuldkomponente gegenüber der eigenen Stigmagruppe, die solche Zusammentreffen stigma-teilender Menschen im Zusammenhang mit den verschiedenen Aspekten und Strategien des Täuschens nach sich ziehen können. Wie der Autor aufzeigt,

„[...] wird eine Person, die ihr Unvermögen zu verheimlichen wünscht, Verhaltensformen, die Unvermögen enthüllen, an einer anderen Person bemerken. Darüber hinaus neigt sie dazu, diese Verhaltensformen, die das Faktum des Unvermögens an die große Glocke hängen, übelzunehmen, denn da sie ihr Unvermögen zu verheimlichen wünscht, wünscht sie, daß andere ihres verheimlichen. [...] Zur Schau getragenes Unvermögen ist eine Bedrohung für sie, weil sie die Schuld aufrührt, ihre eigene Gruppenmitgliedschaft und auch die Möglichkeit ihrer eigenen Enthüllung verachtet zu haben. Sie kann es insgeheim vorziehen, das Geheimnis der anderen Person zu erkennen und ein gentlemen's agreement aufrechtzuerhalten, daß beide ihre 'als ob'-Rollen spielen sollten, anstatt die Vorspiegelung der anderen Person in Frage zu stellen durch Preisgabe ihrer eigenen.“

(Warfield 1948, zit. n. Goffman 1967, S. 110)

Warfield zeigt die verschiedenen Seiten von Zerissenheit auf, welche aufgrund eines solchen Zusammentreffens bei der täuschenden stigmatisierbaren Person auftreten können, wie:

- Das Gefühl der Ablehnung und die Abwertung stigma-teilender Personen und ihrer 'anderen' Strategien des Informationsmanagements in Kombination mit dem Wissen oder auch dem Bedürfnis der Zusammengehörigkeit aufgrund des Teilens des gleichen Stigmas.
- Das Gefühl der Schuld hinsichtlich der eigenen Täuschungsmanöver, obgleich es offensivere Wege der Informationsweitergabe geben würde, wie anhand der Strategie der anderen stigma-teilenden Person sichtbar wird, in

Tatsächlich ist es das häufig auch nicht, sondern allgemein für Frauen oder als schwullesbische Einrichtungen und Veranstaltungen ausgeschrieben.“ Als Synonyme von Szene werden in der Alltagssprache auch die Begriffe 'Subkultur' oder 'Community' verwendet. Claudia Krell verweist mit Bezugnahme auf Siegfried Lamnek und dessen Ausführungen zu Subkultur vor allem im Kontext von Kriminalität (vgl. Lamnek 2007, S. 147-189) auf die Problematik der Kriminalitätssuggestion und des Terminus 'homosexuelle Subkultur' hin (vgl. Krell 2014, S. 23). Des Weiteren gilt es darauf hinzuweisen, dass – wie auch die Definition von Plötz nahelegt – es sich bei der 'Szene' nicht um eine homogene soziale Gemeinschaft handelt, sondern dass von einer in sich sehr diversifizierten Kultur ausgegangen werden muss. Dies wird beispielsweise auch anhand der vielfältigen Angebote für Lesben deutlich, welche im Kapitel „Strukturkategorie 'Geschlecht'“ (Kap. 3) in der vorliegenden Arbeit angeführt werden.

Kombination mit dem Bedürfnis der Täuschung und der Angst eines unerwünschten Outings der eigenen Person.

- Das Bedürfnis der Strategienabstimmung mit dem anderen stigma-teilenden Individuum zur Absicherung der eigenen Strategie in Kombination mit dem Bedürfnis der Vermeidung des Kontakts und der Distanzierung, um die Gefahr eines eigenen unerwünschten Outings gering zu halten.

Das Erleben des eigenen Lebens als Spannungsfeld wird durch die multiplen Spannungsbögen evident. Das anhaltende Bewusstsein (3) über diese Konsistenz der Aufgeladenheit sowie die Spannung an sich stellen im Vergleich zu 'Normallebenden' eine außerordentliche Belastung dar. Das Damoklesschwert der ungewollten Enttarnung hält die Spannungsbögen am Klingen. Denn alle Handlungen und Aktionen stigmatisierbarer Personen zielen auf die Verhinderung ebendieser Enttarnung ab. Indem nämlich das stigmatisierbare Individuum mit einer ungewollten – also von außen erfolgten – Enttarnung konfrontiert wird, wird es dem Zwang unterworfen sein, sich und die Täuschung zu erklären: ein Szenario, welches aus der Sicht Stigmatisierbarer ein komplettes Scheitern der Informationskontrolle bedeuten würde.

Die Psychologin Melanie Steffens diagnostiziert daher für homo- und bisexuelle Menschen die Belastung durch „Minderheitenstress“ (vgl. Steffens 2010, S. 14): Darunter ist der vermehrte Stress zu verstehen, dem Angehörige von sozialen Minderheiten – wie es homo- und bisexuelle Menschen sind – bedingt durch ihre gesellschaftliche Randposition unterliegen. Dieses spezifische Stressmodell setzt sich nach Steffens zusammen aus:

„Distalen – zum Beispiel vorurteilsbasierte Ereignisse (Diskriminierung, Gewalt) – und proximalen Faktoren wie Angst vor Ablehnung, Verheimlichung und internalisierte negative Einstellungen gegenüber Homosexuellen. Vom Distalen zum Proximalen wirken somit als Stressoren zum einen externe, objektiv stressvolle Ereignisse und Bedingungen (chronisch und akut), daneben aber auch Erwartungen des Eintritts solcher Ereignisse, ferner die Wachsamkeit, die diese Erwartungen auslösen, sowie die Internalisierung von negativen gesellschaftlichen Einstellungen (Schlagwort 'Heterosexismus').“

(Steffens 2010, S. 14).

Melanie Steffens benennt damit multiple für homo- und bisexuelle Menschen existierende strukturell bedingte Stresselemente.⁹⁷ Dazu zählen beispielsweise:

97 Zu den gesundheitsspezifischen Auswirkungen dieses Minderheitenstresses auf lesbische Frauen siehe beispielsweise die Studie von Lehavot/Simoni 2011.

die heteronormativen stigmatisierenden Gesellschaftsstrukturen, welche aufgrund ihrer Persistenz in und durch soziale Strukturen, Mechanismen, Prozesse, Abläufe und Institutionen einen chronischen und unmittelbar wirkenden Faktor bedingen; diskriminierende Erlebnisse und Gewalterfahrungen, welche aufgrund der existierenden Gesellschaftsstruktur resultieren; die Furcht vor diskriminierenden Erlebnissen und Gewalttaten, etwa Ablehnung, Abwertungen, Verletzungen oder Ausschlüsse; eine latente Alarmbereitschaft, welche bedingt durch die genannte Furcht beständig in Form von Geistesgegenwart, Konzentration und Anspannung existent ist; sowie gesellschaftlich erlernte und verinnerlichte negative Werte, Meinungen und Einstellungen hinsichtlich der Eigengruppe.

Hinsichtlich (potentieller) Diskriminierungserfahrungen gilt herauszustreichen, dass die Problematik der kausalen Diagnose von Diskriminierung aufgrund eines bestimmten Stigmas als ein weiterer Stressfaktor definiert werden kann. Die Sozialpsychologin Nina Hansen umreißt die Schwierigkeiten von stigmatisierten Gruppen(mitgliedern), die beiden sozialpsychologischen Indikatoren für soziale Diskriminierung zu erkennen, folgendermaßen (vgl. Hansen 2009, S. 158): (1) Einerseits werden grenzüberschreitende, abwertende und damit diskriminierende Behandlungen oft nicht als solche, sondern als legitime Ungleichbehandlung wahrgenommen; (2) andererseits ist die Rückführbarkeit von Diskriminierung auf eine spezifische Gruppenzugehörigkeit tendenziell äußerst schwierig. Neben der Problematik der Erfüllung dieser beiden Kriterien benennt Hansen noch drei weitere psychosozial relevante Punkte hinsichtlich der Erkennung sozialer Diskriminierung durch marginalisierte (Gruppen-)Mitglieder (vgl. ebd., S. 161):

- (1) Die Kausalität negativer Behandlungen kann entweder auf Vorurteile oder auf die eigenen Handlungsweisen zurückgeführt werden. Eine solche (potentiell) Unsicherheit auslösende oder fördernde Unklarheit steigt im heutigen gesellschaftlichen Klima noch, da subtile Diskriminierungsformen zu Ungunsten offensichtlicher zunehmen.
- (2) Vorurteilsbedingte Diskriminierung kann als Erklärung entlastend wirken, indem anderen das Missverhalten – vorurteilsbehaftet zu sein – zugewiesen wird. Ebenso kann es jedoch auch belastend wirken, indem einem selbst der Missstand – ein Stigma zu haben – zugeschrieben wird. Erstere Interpretation ermöglicht einen gewissen Grad an psychischem Schutz für diskriminierte Personen.
- (3) Die öffentliche Thematisierung oder Anprangerung einer Diskriminierungserfahrung kann (potentiell) schädliche Auswirkungen auf die diskriminierte Person nach sich ziehen. Diese kann Abwertungen und Beschuldigungen im Sinn von Verleumdung und Denunziantentum erfahren.

Hinsichtlich des im Zusammenhang mit Minoritätenstress letztgenannten Punktes (möglicher) verinnerlichter negativer Werte, Meinungen und Einstellungen⁹⁸ in Bezug auf die (Stigma-)Eigengruppe stellen Dawn Szymanski und Y. Barry Chung von der Georgia State University ein multidimensionales Schema zur theoretischen Einordnung zur Verfügung⁹⁹. „Welche Spuren das Aufwachsen in einer heterosexistischen, schwulen- und lesbenfeindlichen Gesellschaft bei Schwulen und Lesben selbst hinterlassen hat“ (Steffens 1999, S. 5), kann sich für lesbische Frauen demnach in fünf verschiedenen Dimensionen zeigen (vgl. Szymanski/Chung 2001, S. 40 f.):

- (1) Im Kontakt zur lesbischen Szene/Subkultur/Community: von Isolation oder Separation bis hin zur sozialen Eingebundenheit oder Unterstützung. In dieser Dimension sind beispielsweise auch die Frage nach dem Wohlbefinden in Gegenwart anderer gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen oder der Grad der Kenntnisse bezüglich lesbischer Kulturgüter inkludiert.
- (2) In der (öffentlichen) Sichtbarkeit und -machung als gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frau: vom angstvollen versteckten Leben bis hin zur Offenlegung des eigenen lesbischen Begehrens. Die Form des öffentlichen Umgangs mit der eigenen lesbischen Identität steht im Zentrum dieser Dimension.
- (3) In persönlichen Gefühlen in Bezug auf das Lesbischsein: vom Selbsthass bis zur Selbstakzeptanz. Die Bandbreite der Gefühle kann von negativ wie beispielsweise Schuldgefühlen bis hin zu Stolz über die eigene L(i)ebensform reichen.
- (4) In moralischen bzw. religiösen Einstellungen in Bezug auf Lesbischsein: von Verurteilung bis hin zu Toleranz und Akzeptanz. Diese Einstellungen können durch gesellschaftliche, familiäre und/oder religiöse Wertekataloge geprägt sein.
- (5) In Einstellungen gegenüber anderen gleichgeschlechtlich l(i)ebenden Frauen: Unterdrückung und Feindlichkeit bis hin zu Anerkennung. Die

98 Für diese verinnerlichten negativen Einstellungen wird oft der problematische Begriff der 'internalisierten Homophobie' verwendet. Dieser soll hier in Anlehnung an Melanie C. Steffens explizit nicht genutzt werden. Steffens (vgl. Steffens 2010, S. 14) kritisiert den Begriff, indem sie zum einen darauf hinweist, dass negative Bewertungen Homosexueller im Zuge der Sozialisation erlernte Emotionen und Mechanismen und damit gesellschaftlich bedingt sind; zum anderen macht sie den Widerspruch im Konzept einer phobischen Reaktion auf das eigene Selbst deutlich.

99 Hinsichtlich Strategien zur psychosozialen Unterstützung und Überwindung eventuell vorhandener negativer Eigenbewertung aufgrund einer lesbischen Identität siehe beispielsweise Sophie 1987.

Bewertungen können von respektlos und abwertend über kritisierend bis hin zu wertschätzend reichen.

Die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen genannten stressauslösenden Komponenten und ihre Verschränktheit mit- und untereinander machen „eine weitere Implikation des Modells deutlich: Objektiv stressvolle Ereignisse sind keine notwendige Voraussetzung, um Minderheitenstress zu erleben – chronisch stressig kann es schon sein, in Erwartung solcher Ereignisse zu leben“ (Steffens 2010, S. 14).

Grundlegend kann damit resümierend erörtert werden, dass anhand der Theorie des Stigmas von Erving Goffman gezeigt werden kann, dass homosexuelle Menschen in unserer Gesellschaft aufgrund ihres Attributs des nicht-heteronormativen Begehrens in Verbindung mit der Stereotypisierung desselben als Stigmatisierbare in der Gesellschaft leben. Dieser Status birgt ein permanentes Potential der Gefährdung und Enttarnung, welches es durch ein ausgeklügeltes System der Informationskontrolle zu verringern bzw. zu verhindern gilt. Resultierend aus dem Status als Stigmatisierbare und der Notwendigkeit des Informations- und Stigma-Managements ergibt sich eine Reihe von komplexen Anforderungen bzw. ergeben sich zwiespältige Lebensumstände für nicht-heteronormativ Begehrende: von einem zerrissenen Selbstverständnis angefangen über spannungsgeladene soziale Interaktionen, mannigfaltige Informationen und Informationsstatus sowie unterschiedlich gefährvolle Räume und anhaltend latente Diskriminierungen.

Zwar kann Goffmans Theorie nicht uneingeschränkt übernommen werden, da ihr einerseits eine mangelhafte historische Verortung angelastet werden kann und andererseits der nordamerikanische Soziologe die existierenden gesellschaftlichen Machtaspekte vollkommen außer Acht lässt (vgl. Gouldner 1974, S. 453).¹⁰⁰ So streift Goffman beispielsweise die gesellschaftliche Funktion von Stigmatisierungen nur ausnehmend kurz und beiläufig, indem er deren stabilisierenden Charakter hinsichtlich des normativen Systems hervorstreicht: „Die Funktion nämlich, unter jenen Unterstützung für die Gesellschaft zu gewinnen, die nicht von ihr unterstützt werden“ (Goffman 1967, S. 171).

Die Einbeziehung dieser Kritikpunkte in die vorliegende Arbeit erfolgt durch die Einbettung der Goffman'schen Theorie in die entlang und orientiert an historischen Entwicklungen entstandene macht- und ungleichheitsfokussierende Theorie der Intersektionalität. Durch diese theoretischen Verknüpfungen werden

100 Ein weiterer aktueller Kritikpunkt existiert von queer-feministischer Seite an der Förderung und Perpetuierung eines (normativen) Identitätsbegriffes durch Goffmans identitätsfokussierende Theorie (vgl. Jungwirth 2007).

ebenso historische Verortungen miteinbezogen wie bestehende hegemoniale Machtstrukturen fokussiert als auch individuelle Implikationen der Goffman'schen Stigmatheorie erörtert – welche die Handlungs-, Denk- und Interaktionsweisen homosexueller Subjekte und damit lesbischer Frauen maßgeblich beeinflussen.

Basierend auf Goffmans Stigma-Theorie kann hinsichtlich der sozialen Konstruktion von Homosexualität und deren Auswirkung jedenfalls als aktuelle gesellschaftliche Gültigkeit und individuelle wie auch kollektive Herausforderung hinsichtlich gleichheits- und gleichstellungspolitischer Zukunftsvisionen festgehalten werden: Die soziale Konstruktion von Homosexualität als 'abnormal' in Kombination mit der scheinbaren 'natürlichen' Bedingtheit führt dazu, dass Diskriminierungen oft als selbstverständlich an- und hingenommen werden und in ihrer abwertenden Beschaffenheit sowohl von Diskriminierenden als auch Diskriminierten unerkant bleiben. „Lesben und Schwule müssen daher zunächst einmal erkennen, dass sie 'normal' sind und deshalb ungerechtfertigterweise diskriminiert werden, damit sie ihre Rechte einfordern können“ (Repnik 2006, S. 49). Dadurch wird deutlich, dass es neben der Bewusstwerdung auf individueller Ebene auch eine politische – sprich kollektive – Ebene gibt. Inwiefern die Frage der sexuellen Orientierung in Kollektiven wie beispielsweise Organisationen relevant ist, wird im folgenden Abschnitt behandelt.

2.6 Ausgewählte Erkenntnisse zur 'sexuellen Orientierung' aus der Organisationsforschung

Im Rahmen der Organisationsforschung werden unter dem Oberbegriff der Diversität oder des Diversity Managements zumeist die Belegschaft einer Organisation, ihre soziale Zusammensetzung sowie die Auswirkungen eines bestimmten Diversitätsmerkmals innerhalb des organisationalen Systems untersucht (vgl. Lindau 2011a, S. 162). Über das Implementierungswerkzeug des 'Diversity Management' hat in den letzten Jahren auch das Bewusstsein hinsichtlich der Existenz der 'sexuellen Orientierung' als organisationalem Strukturelement seinen Einzug in die Arbeits-, Unternehmens- und Organisationspraxis wie auch -forschung¹⁰¹ gefunden. Mit Fokus auf der Personalforschung konnte der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Köllen in einer breit angelegten Literaturanalyse 'Homosexualität' als vorrangig behandelten Studieninhalt im Vergleich zu

101 Zur historischen Entwicklung des Themas Diversity in der Management- und Organisationsforschung wie auch -praxis sowie einen breiten Überblick über aktuellen Forschungsergebnisse siehe Lindau 2011b.

Trans- und Bisexualität elaborieren (vgl. Köllen 2012, S. 151). Dabei nahm Köllen hinsichtlich der Forschungslage zu Homosexualität und Organisationen folgende thematische Unterteilung der Studien vor (vgl. Köllen 2012):

- (1) Individueller Umgang von Homosexuellen in der Organisation
- (2) Organisationsklima für Homosexuelle innerhalb der Organisation
- (3) Umgang der Organisation mit sexueller Orientierung bzw. Homosexualität

Auf Basis von Stereotypisierungen innerhalb einer Organisation – welche grundlegende Auswirkungen auf individuelles Handeln, Organisationsklima wie auch den organisationalen Umgang mit Homosexualität haben – entwickeln sich unterschiedliche Diskriminierungsformen innerhalb von Organisationen. Das Vorhandensein dieser Diskriminierungen am Arbeitsplatz konnte für Österreich im Zuge der Studie „Lesben am Werk – Eine Explorationsstudie zur Erwerbstätigkeit lesbischer Frauen in Österreich“ von Roswitha Hofmann und Amelie Cserer nachgewiesen werden (Hofmann/Cserer 2010).¹⁰²

Hinsichtlich des individuellen Umgangs von Arbeitnehmer_innen in Organisationen (1) unterteilte beispielsweise die US-amerikanische Forscherin Pat Griffin – ähnlich wie Erving Goffman – auf Basis ihrer Studienergebnisse in verschiedene Strategien des Umgangs mit der eigenen Homosexualität (vgl. Griffin 1992, S. 175):

- (a) „Passing“ bzw. Täuschen
- (b) „Covering“ bzw. Verbergen
- (c) „Being implicitly out“ bzw. implizites Outing
- (d) „Being explicitly out“ bzw. explizites Outing

Dabei werden diese Strategien als Kontinuum verstanden: von der sichersten Variante – Vortäuschung von Heterosexualität (a) über das Verhindern des Outings mittels kontrollierter Weitergabe von Informationen (b) und die Strategie, nicht mehr zu lügen (c) – bis zur gefährlichsten Vorgehensweise, dem selbstentchiedenen direkten Outing (d). Gekoppelt an das darüber liegende Gefahrenkontinuum ist nach Griffin die Frage von Angst bzw. Selbst-Integrität und der Verringerung Ersterer auf dem Kontinuumsstrang von a nach d bzw. dem Verlustgrad Zweiterer von (d) nach (a).

Bezüglich des Organisationsklimas innerhalb einer Organisation (2) für Lesben und Schwule konnte ein US-amerikanisches Forschungsteam dreier Uni-

102 Bzw. Kurzfassung der Studie siehe Hofmann/Cserer 2009.

versitäten, Deborah Frable, Linda Platt und Steve Hoey (Frable/Platt/Hoey 1998), anhand einer Studie unter Studierenden nachweisen, dass die Anwesenheit anderer Stigmatisierbarer für Stigmatisierbare hinsichtlich ihres Selbstbildes förderlich ist. Demnach beeinflusste das Zusammensein bzw. Zusammentreffen mit Stigma-Teilenden die Selbstwahrnehmung Stigmatisierbarer positiv, da es zu einem Austausch unter den Stigmatisierbaren kommen konnte und sie auf diese Weise vom Expert_innen-Wissen der anderen Stigma-Teilenden profitieren konnten (vgl. ebd., S. 920).

Betreffend den Umgang der Organisation selbst mit Homosexualität (3) konnten beispielsweise die US-amerikanischen Forscherinnen Nancy Day und Patricia Schoenrade nachweisen, dass organisationale Antidiskriminierungsmaßnahmen hinsichtlich Homosexualität und entsprechende Unterstützungsmaßnahmen durch Führungskräfte einen deutlichen Zusammenhang mit der Arbeitszufriedenheit homosexueller Beschäftigter haben (vgl. Day/Schoenrade 2000, S. 346). In ihrer Studie mit insgesamt 744 homosexuellen Angestellten fanden sie heraus, dass unterstützende Beiträge durch Führungskräfte ein wesentlicher Schlüsselfaktor hinsichtlich der positiven Arbeitseinstellung lesbischer und schwuler Mitarbeiter_innen sind:

„Our findings also showed that top management support was strongly associated with positive work attitudes in the gay and lesbian workers. Implications of this finding may be that HR managers should encourage the organization's top management to be supportive of equal rights for all workers, regardless of sexual orientation. This process could begin through educating top management in the importance of the issue and the consequences of ignoring it.“

(Day/Schoenrade 2000, S. 360)

Insofern sollte in Organisationen die Aufmerksamkeit auf Anti-Diskriminierungsmaßnahmen verstärkt werden. Im Zuge dessen schlagen die Studienautorinnen als Ansatz die Etablierung von Führungskräfte- und Sensibilisierungsseminaren zum Thema vor.

In einer weiteren Studie zu organisationalen Bemühungen hinsichtlich der Stärkung sexueller Vielfalt belegt Scott Button (2001), dass die Entwicklung und Etablierung ebensolcher organisationaler Maßnahmen das Risiko von Diskriminierungserfahrungen aufgrund der sexuellen Orientierung für lesbische und schwule Mitarbeitende reduziert: „This research demonstrates that the more prevalent these policies, the less likely sexual minority members are to experience treatment discrimination“ (ebd., S. 17). Die dadurch hergestellten faireren Rahmenbedingungen erhöhen die Arbeitszufriedenheit der homosexuellen Mitarbeiter_innen ebenfalls (vgl. ebd., S. 24 f.).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass – mit Fokus auf Beschäftigte und Personal – in Organisationen die Relevanz der innerorganisationalen Bearbeitung und Thematisierung von Homosexualität hinsichtlich der Zufriedenheit und des Wohlbefindens von Schwulen und Lesben enorm ist. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass diese positiven Effekte nicht nur für Mitarbeiter_innen, sondern auch für Kund_innen und Klient_innen wie beispielsweise lesbische und schwule Patient_innen oder Bewohner_innen von Alten- und Pflegeheimen gelten. Darüber hinaus kann „eine verstärkte organisationale Hinwendung zu dem Themenfeld ‘sexuelle Orientierung’ [...] aus Gleichheits- und Gerechtigkeitsgesichtspunkten heraus begründet werden“ (Köllen 2012, S. 160). Denn homosexuelle Menschen werden nach wie vor aufgrund ihrer Begehrensform(en) abgewertet, erniedrigt und ablehnend behandelt. Zur Reduktion dieser Auswirkungen der nach wie vor bestehenden strukturellen Diskriminierung innerhalb und durch eine Organisation bedarf es einer Überprüfung aller organisationalen Prozesse, Maßnahmen, Elemente, Politiken, Regelungen und Praktiken. Die leitende Fragestellung muss hierbei lauten, ob verschiedene Begehrensformen – wie beispielsweise Homo- und Heterosexualität – in einer Organisation gleichberechtigt nebeneinander stehen. Sprich: Es gilt, ein „Sexual Identity Mainstreaming“ (Steffens 2010, S. 16) durchzuführen, um diskriminierende Faktoren und Komponenten in einer Organisation zu finden und an ihrer Beseitigung bzw. Dezimierung zu arbeiten.

2.7 Conclusio

Hinsichtlich der Strukturkategorie der sexuellen Orientierung kann im Hinblick auf die forschungsspezifischen Inhalte und Fragestellungen dieser Untersuchung festgehalten werden, dass die österreichische Gesellschaft in Form eines heteronormativen hegemonialen Systems verfasst ist. Insofern haben sich heteronormative Werte, welche eine Ablehnung und Abwertung (von der heterosexuellen Norm) abweichender Begehrensformen implizieren, als gesamtgesellschaftliche Strukturkonstitution und Grundorientierung in alle gesellschaftlichen Abläufe, Praktiken, Institutionen und Reglements eingeschrieben. Anhand der Rekonstruktion der jahrhundertelangen strafrechtlichen Pönalisierung und der Verfolgung homosexueller Begehrensformen sowie der anhaltenden zivilrechtlichen Ungleichbehandlung Homosexueller konnte diese strukturimmanente Wertimplikation im machstabilisierenden Element der Gesetzgebung nachvollzogen werden. Im Zuge der Ausführungen hinsichtlich dieses kodifizierten Wertesystems wurde ebenso die marginale gesellschaftliche und dementsprechend auch strafrechtliche Fokussierung von sexuellen Begehrensformen unter und zwischen

Frauen deutlich. Das Dilemma der Systemstabilisierung, welches sich in Form der Durchsetzung spezifischer rechtlicher Gleichstellungsmaßnahmen und der gleichzeitig unangetastet bleibenden heteronormativen Hegemonie zeigt, konnte im Zuge dieser Erörterungen ebenfalls ausgewiesen werden. Ein weiterer Beweis der heteronormativen sozialen Grundverfasstheit konnte anhand gesamtgesellschaftlicher Diskursstrategien in Form zweier Beispiele erbracht werden, welche entlang der hegemonial getrennt konstruierten Bereiche des Öffentlichen und des Privaten verlaufen. Anhand der dargestellten Paradigmen entlang der angeführten Trennlinie konnten auch die speziellen diskursiven Mächte herausgearbeitet werden, welche auf gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frauen aufgrund ihrer sozialen Konstruktion und Zugehörigkeit zu marginalisierten Gesellschaftsgruppen – als Frauen wie auch als Homosexuelle – wirken.

Die Wirkmächtigkeit von Heteronormativität in sozialen Prozessen und auf individueller Ebene konnte weiters anhand der Theorie zur sozialen Stigmatisierung aufgrund von Homosexualität (vgl. Goffman 1967) nachgezeichnet werden. Die unterschiedlichen Balanceakte und Dilemmata, welche Homosexuelle hinsichtlich des notwendigen Informationsmanagements, in Bezug auf zwischenmenschliche Interaktionen wie auch betreffend die latente Aufteilung bzw. Einschätzung der räumlichen Welt erleben, erbringen und aushalten müssen, wurden ebenso erläutert wie die aus diesen permanenten Anforderungen und Anspannungen resultierenden psychischen Belastungen und der dadurch bedingte „Minderheitenstress“ (vgl. Steffens 2010). Speziell eingegangen wurde auf die Herausforderungen und stigma-bedingten Problematiken, die sich für gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frauen vor allem aufgrund der traditionellen geschlechtsspezifischen Aufteilung der öffentlichen und der privaten Sphäre in Zusammenhang mit dem sozialen Stigma Homosexualität – wie beispielsweise die Gefahr der Vereinsamung – ergeben.

Welche Auswirkungen die – bisher ausgeführten Strukturen – gesellschaftliche Heteronormativität und individuelles Stigma-Management auf Organisationen haben und inwiefern es dementsprechend die Notwendigkeit der organisationalen Beschäftigung mit der Strukturkategorie der „sexuellen Orientierung“ gibt, wurde im letzten Teil des vorliegenden Kapitels ausgeführt.

Grundlegend kann festgehalten werden, dass die gesellschaftliche Thematisierung spezifisch lesbischer Anliegen, Thematiken und Herausforderungen im Rahmen der Fokussierung auf 'sexuelle Orientierung' bzw. Homosexualität nur am Rand vorkommt. Dies ist bedingt durch die gesellschaftlich-hierarchische Geschlechterkonstruktion von Mann und Frau, welche auch in den gesellschaftlichen Strukturkategorien wie der 'sexuellen Orientierung' wirkt und dazu führt, dass „unter Homosexualität primär männliche Homosexualität verstanden [...] wird“ (Ohms 2000, S. 9). Diese 'Unterordnung' frauenspezifischer Begehrens-

formen unter die Gesamtkategorie der ‘sexuellen Orientierung’ findet sich auch in Form der marginalisierten Thematisierung in der vorliegenden wissenschaftlichen Literatur. Hinsichtlich der anschließenden Bearbeitung der Strukturkategorie ‘Geschlecht’ gilt es daher explizit, über die Thematisierung der grundsätzlichen Verfasstheit der Kategorie hinweg auf gleichgeschlechtlich l(i)ebende Frauen zu fokussieren.

Generell sei an dieser Stelle abschließend noch explizit darauf hingewiesen, dass die Kategorie der ‘sexuellen Orientierung’ kein essentialistisches Seinselement eines Menschen darstellt, sondern ein Attribut ist, das im Lebensverlauf eines Individuums potentiell veränderbar ist. Es gibt Menschen, die sich ihr Leben lang nur zu Personen anderer Geschlechter als ihrem eigenen hingezogen fühlen. Andere wiederum begehren zu Beginn ihres sexuellen Erwachens Personen anderer Geschlechter, um sich dann Personen des eigenen Geschlechts zuzuwenden. Wiederum andere wechseln in ihrem Begehren zwischen Geschlechtern. Und wieder andere fühlen sich ihr Leben lang zu Personen ihres eigenen Geschlechts hingezogen. Des Weiteren gibt es auch noch Menschen, die (temporär) kein Begehren verspüren und sich als asexuell bezeichnen.

Für die Frauen, die sich und ihre aktuellen Lebensentwürfe als Grundlage dieser Forschungsarbeit zur Verfügung gestellt haben, gilt, dass sie sich zum Zeitpunkt der Interviews als frauenbegehend verstanden und damit in diesem konkreten Moment einen homosexuellen Lebensentwurf gelebt haben.

Gleichgeschlechtlich liebende Frauen im Alter
Intersektionalität, Lebenslagen und
Antidiskriminierungsempfehlungen

Traunsteiner, B.

2018, XVII, 578 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-20044-2